

# Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Karl Wanie, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprecher: 2114. — Für Anzeigen: 1920 für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einchl. Zustellung 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. Beim Abholer vom Verlag und den Ausgabehelfern vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühren: die Spaltenbreite 1.00 Mk., im Restraum 0.50 Mk., Vereinsabnehmer 50 Pf. Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postkontonr. Nr. 2754 Berlin.

Nr. 245.

Magdeburg, Dienstag den 19. Oktober 1920.

31. Jahrgang.

## Das Ergebnis von Raffel.

Die Sozialdemokratische Partei hat eine Woche eifriger und erfolgreicher Parteitagarbeit in Raffel hinter sich. Die Verhandlungen sind nicht aufregend gewesen, sondern ruhig und sachlich verlaufen. Aber gerade dadurch haben sie auch nach außen hin gezeigt, was den Kennern unserer Parteilebens seit langem bewußt war, daß die Sozialdemokratie nicht nur die bei weitem stärkste und geschlossenste Gruppe des deutschen Proletariats ist, sondern daß sie auch in sich einig ist, als sie jemals zuvor in ihrer ganzen Geschichte gewesen ist.

Auf diesem Parteitag hat die Partei sich ein klares Aktionsprogramm für die auswärtige Politik gegeben. Ziel und Hauptpunkt unsrer Außenpolitik ist natürlich die Revision des Versailler Friedens, wobei wir die Pflicht zur Wiedergutmachung ausdrücklich anerkennen. Als taugliche Mittel zur Revision vermögen wir nur die zweite Internationale und die andern friedlichen Wege zur Verständigung anzusehen. Die Aufrechterhaltung des Friedens erscheint der Sozialdemokratie ein unbedingtes Erfordernis des Wiederaufbaues. Der Erhaltung des Friedens dient auch die Forderung, daß die zweite Internationale sich sofort einen ständigen Aktionsausschuß geben soll.

einen Generalstab des Weltproletariats, der alle Kriegsgefahren rechtzeitig sieht und ihnen vorbeugt. In der gleichen Richtung liegt auch die Forderung der Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland. Die Gefahr, daß der polnisch-russische Krieg zu einem allgemeinen Weltbrand führen könnte, scheint ja im Augenblick wieder beschworen, aber noch immer spukt in den Köpfen der Bourgeoisie der Siegerländer

Der Gedanke eines Kreuzzugs gegen Rußland, und käme dieser zur Ausführung, so wäre eine allgemeine europäische Erschütterung unvermeidlich. So ist die Sozialdemokratie entschlossen, auswärtige Politik für das niedergedrückte und ausgebeutete Deutschland zu treiben, aber ebenso aus praktischen wie grundsätzlichen Erwägungen eine reine Friedenspolitik. Dabei muß sich die Sozialdemokratie von hier auf die Mithilfe der Arbeiterklasse in andern Ländern verlassen.

Die von Cohen verfolgte Kontinentalpolitik, der Zusammenschluß des europäischen Festlandes gegen England, ist um so mehr falsch und unsozialistisch, je stärker die englische Arbeiterklasse wird und je klarer sie gegen den Versailler Frieden Stellung nimmt. Der Parteitag hat recht daran getan, diesen Quertreiber einmütig abzuferligen. Der Parteitag hat weiterhin der Partei ein klares Aktionsprogramm über die Wirtschaftspolitik gegeben. Unsere nächsten Ziele sind die Volksozialisierung des Bergbaues und des Kohlenhandels, der Düngemittelindustrie und der Baustoffindustrie, der Eisen- und Stahlherstellung. Das ist eine so große und gewaltige Aufgabe und zugleich so entscheidend für den sozialistischen Fortschritt im allgemeinen und für die Behebung der drückenden Notstände, daß die Partei daran auf Jahre hinaus zu arbeiten hat. Was sonst in der Wirtschaft gegenüber den bestehenden Nöten, gegenüber neu auftauchenden Schwierigkeiten und gegenüber den Eingriffen der Entente geschehen muß, hängt von den Umständen der jeweiligen Erörterung des Vorteils und Nachteils ab. Damit hat der Parteitag es grundsätzlich abgelehnt, die

Propaganda der Wisselischen Planwirtschaft zur Parteifache zu machen. Trotzdem sind wir überzeugt, daß die Not Deutschland zwingen wird, einen großen Teil der Wisselischen Ideen durchzuführen, deren Hauptinhalt bekanntlich der ist, daß das deutsche Volk sich die denkbar stärksten Beschränkungen und Entbehrungen auferlegen muß. Es kann erst durchgeführt werden, wenn die Tatsachen selbst jeden ehrlichen Menschen überzeugen haben, daß Deutschland ohne die allgemeine Zusammenfassung und Durchorganisierung seiner wirtschaftlichen Kräfte und ohne die strengste staatliche Regelung aller Ein- und Ausfuhr zugrunde geht.

Weiterhin hat der Parteitag der Partei ein klares innerpolitisches Aktionsprogramm gegeben. Selbstverständlich hat sich die Partei auf den Boden der Demokratie gestellt. Der Karlsruher Genosse Dr. Diez hat in der Programmdebatte einen Seiten-

sprung getan und den Unabhängigen kongediert, daß die Periode des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus die Zeit der Diktatur des Proletariats sein könne. Er hat sich Fälle konstruiert, in denen die Demokratie versagen könne, z. B. wenn eine Mehrheit mit dem Stimmzettel die Wiedereinführung der Monarchie im Reich erzwingen wollte oder wenn eine kleinbürgerlich-bäuerliche Mehrheit dauernd den Fortschritt im sozialistischen Sinn aufhielte. Weibes sind unwirkliche Fälle. Weder besteht in Deutschland die notwendige Dreiviertelmehrheit für die Monarchie, noch ist Deutschland ein solcher Agrarstaat, daß dauernd eine Mehrheit gegen die Arbeitnehmer aller Art denkbar wäre. Auch geht das Recht der Demokratie natürlich nicht so weit, die Demokratie selber abzuschaffen. Auch Genosse Dr. Diez blieb mit seiner Schwärmerei für die Diktatur völlig vereinsamt. Die Partei als solche steht ohne Vorbehalte und Bedingungen auf dem Boden der Volksfreiheit.

Die Taktik der Reichstagsfraktion wurde vom Parteitag als richtig anerkannt. Energisch wurde gegen die Ernährungspolitik Stellung genommen und dem Reichsernährungsminister Dr. Hermes ein Mißtrauensvotum erteilt. Dabei ist zu beachten, daß große bürgerliche Blätter wie „Berliner Morgenpost“ und „Berliner Tageblatt“ mit uns die Auffassung teilen, daß Herr Hermes eine

Gefahr für die Volksernährung ist und daß hervorragende Zentrumsaabgeordnete wie Pfost und Dieler an diesem Volkverderber die schärfste Kritik geübt haben. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß das ganze Kabinett Ehrenbach sich mit diesem persönlich wie sachlich gleich schwer kompromittierten Manne solidarisch erklärt, aber letzten Endes ist das ganz gleichgültig, denn wenn die Partei aus Rücksicht auf den Bestand der gegenwärtigen Regierung notwendige Maßnahmen unterlassen müßte, so wäre sie von ihr abhängiger als von der alten Koalitionsregierung, in der sie an der Macht beteiligt war.

So kann man mit uneingeschränkter und vorbehaltloser Befriedigung auf den Verlauf des Raffeler Parteitags zurückblicken. ... Während die Unabhängige Partei sich selbst für faul und morsch erklärt und auseinanderbricht, geht die Sozialdemokratie in geschlossener Front vorwärts zu neuem Siege.

### Die Schlußsitzung.

Zu Beginn der Sonnabendabendung wurde das Ergebnis der Wahlen zum Parteivorstand und zur Kontrollkommission bekanntgegeben. Bei der

Wahl zum Parteivorstand wurden 330 Stimmen abgegeben. Es erhielten Hermann Müller 227, Otto Pels 209, Friedrich Wartz 200, Otto Heinrich 225, Wilhelm Pfannkuch und Hermann Mollenhuth je 228, Frau Marie Zuckerg 312, Dr. Adolf Braun 316, Franz Krüger 262 und Johann Stelling 318 Stimmen. — Als Beisitzer wurden gewählt Richard Fischer mit 329, Otto Frank mit 326, Karl Hilfenbrand mit 327, Adolf Ritter mit 326, Erfriede Rind mit 321 und Heinrich Schulz mit 312 Stimmen. — In die Kontrollkommission werden gewählt Brühne mit 303, Loebe 228, Breh 260, Hengsbach 275, Pinau 261, Theodor Fischer 248, Helene Grünberg, Müller und Girschfelder mit je 212 Stimmen. Außerdem erhielten Frau Wollmann 131, Strobel 140, Körner 127 und Hug 125 Stimmen.

Vorsitzender Hermann Müller: Nicht wiedergewählt in den Vorstand ist Otto Braun, und zwar auf eignen Wunsch. Parteivorstand und Parteiauschuß haben sich mit der Frage des Verbleibens von Genossen im Parteivorstand beschäftigt, die in Ministerstellen berufen worden sind. In Weimar haben wir diese Genossen trotzdem wieder in den Parteivorstand gewählt. Auf Grund praktischer Erfahrungen aber schlagen Parteivorstand und Regierungsmitglieder selbst dem Parteitag vor, diesen Miß nicht mehr einzuhalten. Der Parteivorstand muß gegenüber der Reichsregierung und der preussischen Regierung völlig freie Hand haben, zumal wir es im Reich und Preußen in der nächsten Zeit mit Koalitionserweiterungen zu tun haben werden. Braun muß in der preussischen Regierung bleiben, solange es geht, denn es gilt, die Demokratisierung Preußens durchzuführen. Sollte aber ein früheres Mitglied des Parteivorstandes aus der Regierung wieder ausscheiden, so ist Vorkehrung getroffen, daß dieser Genosse nach Anhörung des Parteivorstandes und des Parteiaususses seine Tätigkeit im Parteivorstand wieder aufnehmen kann. Der Parteitag erklärt sich damit einverstanden.

Prolet (Berlin) berichtet über die Arbeiten der Beschwerdekommission. Sie hatte sich zu beschäftigen mit der Beschwerde des Genossen Hohenrath (Wachen), der ohne dazu ermächtigt zu sein, den Kommandanten der französischen Besatzungstruppen weitgehende Erklärungen abgegeben hat über einen Anschluß des

eventuell selbständig gewordenen Rheinlandes an Frankreich. (Hört, hört!) Hohenrath hat dabei erklärt, daß er das Ziel einer selbständigen Rheinischen Republik mit allen Mitteln bekämpfen wolle. Er hat aber im Anschluß daran betont, daß, wenn Deutschland durch Reaktionäre oder Monarchisten zerrissen werden sollte, für das Rheinland der Anschluß an Frankreich das kleinere Übel wäre. (Hört, hört!) Er hat daher den Kommandanten im Namen der Sozialdemokratischen Partei gebeten, das Hauptquartier der Allierten dahin zu unterrichten, daß für diesen Fall die ganze linke Rheinseite in Frankreich aufgenommen werden möchte. (Hört, hört!) Die Genossen des Kreises Wachen haben Hohenrath zu solchen Erklärungen kein Mandat gegeben und haben nur, weil es bei ihm um einen alten verbündeten Parteigenossen handelt, eine scharfe Rüge für ausreichend gehalten. (Zuruf: Genügt nicht!) Hohenrath, der dieses Urteil als hart empfindet, beschwert sich deshalb beim Parteitag. Wir sind aber einstimmig zu dem Beschluß gekommen, diese Beschwerde zurückzuweisen. — Der Parteitag erklärt sich ohne Aussprache damit einverstanden. Hierauf wird in die

Debatte über die Wohnungsfrage eingetreten. Hellisch (Chemnitz) wünscht ein Arbeitsprogramm für die allernächste Zeit.

Silberschmidt (Werkn): Die nächste Baukonjunktur darf keinesfalls oeräumt werden; deshalb muß das Reich weitere Mittel zur Verfügung stellen. Die Sozialisierung des Baugewerbes und der Baubetriebe wird den Eifer der Bauarbeiter bedeutend fördern. Der Parteivorstand und die Fraktion sind mit politischen Aufgaben überlastet. Wir sollten lieber eine besondere Kommission schaffen aus Vertretern der Reichstagsfraktion, des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und andern Sachverständigen, die die Gefesentwürfe ausarbeiten und die Agitation fördern.

Dammer (Wiesbaden) berichtet von den trostlosen Wohnungsverhältnissen im besetzten Gebiet; jede freie Wohnung muß zunächst den französischen Behörden gemeldet werden, ob sie nicht Anspruch darauf erheben. (Hört, hört!) 10 Prozent des Hausbesitzes im besetzten Gebiet sind schon in französische und englische Hände übergegangen. (Hört, hört!) Wir dürfen

die Wohnungssteuer nicht ablehnen, sondern müssen sie so umgestalten, daß die Baugenossenschaften daraus Gelder erhalten. Frau Schumann (Stettin) fordert, daß die großen Wohnungen rücksichtslos geteilt werden und daß die leeren Schlösser und Kasernen als Erholungsheime für Arbeiterkinder eingerichtet werden.

Dr. Grain (Meunirchen): Auch in der Bergarbeiterkolonie an der Saar ist der Wohnungsmangel geradezu ungeheuerlich. Scharfe Zwangsquartierungen werden dem Bürgerium den Lohn über die Wohnungsnot abgewöhnen. — Nach Annahme eines Schlußantrags empfiehlt Paul Strich im Schlußwort, den Antrag Silberschmidt der vom Parteitag einzuberufenden Kommission zur sofortigen Erledigung zu überweisen. — Gemäß dem Antrag Silberschmidt wird die Einsetzung einer Sonderkommission beschloffen, die sofort Anträge an die Gesetzgebung ausarbeiten soll. Es folgt die

Erledigung verschiedener Anträge: Ein Antrag auf energische Förderung des Genossenschaftswesens wird einstimmig angenommen. Anträge auf Arbeitsbeschäftigung des Schnapsboykotts und die Resolution gegen den Alkoholismus werden dem Parteivorstand zur Verurteilung empfohlen. Die Anträge auf Einführung einer Weltsprache gehen an den Parteivorstand. Eine Resolution, die den Ausgesperrten des Zeitungsgewerbes die Synapsie ausdrückt, wird, obwohl sachlich überholt, angenommen, da sie im allgemeinen erklärt, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage Abzüge vom Lohne nicht gestattet. Es folgt die Wahl des Rates des nächsten Parteitages; vorgeschlagen sind Altona, Kiel, Düsseldorf und Mannheim. Die Wahl bleibt dem Parteivorstand und dem Parteiauschuß überlassen.

Die Kontrollkommission hat zu ihrem Vorsitzenden Brühne (Frankfurt a. M.) gewählt. Damit sind die Arbeiten des Parteitags erledigt.

Vorsitzender Hermann Müller hält die Schlußrede; er dankt den Raffeler Genossen für die Aufnahme und fährt dann fort: Unser Parteitag hat sachliche Arbeit geleistet. Wir wollen es an Sensation mit Halle nicht aufnehmen. In Halle haben sich der rechte und linke Flügel gegenseitig beschimpft; wir aber befinden uns in aufsteigender Entwicklung. Das neue Mitteilungsblatt der Linken in der U. S. B. bezeichnet die „Freiheit“ als „neue Giftspritze“. Damit hat sie zugegeben, daß sie selbst die alte Giftspritze ist. (Sehr richtig!) Frau Zieh hat in Halle ungeheuerliche Angriffe gegen uns gerichtet. Wir sollen am 13. Januar von den Fenstern des Reichstags aus dem durch uns veranlaßten Blutbad ruhig zusehen haben. Das ist einfach gelogen.

(Hört, hört!) Frau Zieh hat weiter behauptet, die Unabhängigen hätten beim Rapp-Putsch zuerst die Generalstreikparole ausgegeben. (Wachen.) Auch das ist eine Gefchichtsverfälschung. Die Unabhängigen haben den Rapp-Putsch genau so verschlafen wie den 9. November 1918. (Sehr richtig!) Hoff die „Kleine Schärerin von Halle“ (große Heiter.) durch ihre Lügen beim Auseinanderbersten der U. S. B. die Arbeiter bei ihrer Fahne zu halten? Sie wird sich käufchen. Die Arbeiter werden zu uns kommen, weil sie wissen, daß unsre Partei für sie arbeitet. (Sehr wahr!)

Die Partei wird wahrscheinlich gegen ihren Willen und durch die Verhältnisse gezwungen werden, an einer Koalitions-

Regierung teilzunehmen. Niemand von uns hat Sehnsucht danach. Nur zwingende Gründe können uns dazu veranlassen.

Umwälzung des europäischen Wirtschaftslebens

neue Aufgaben eintreten; da kann man nicht alles auf Richtlinien abschließen. (Sehr wahr!) Es können sich auch Dinge ereignen, die den Weg bis zu unserm Endziel abkürzen helfen.

Wenn die Verhältnisse so stark werden, daß sie alle Wege weiser umfassen, dann wird der wissenschaftliche Sozialismus als Kompaß uns vorwärts führen zum Ziele. (Lebhafter Beifall.) Reformen und Endziel sind keine Gegensätze.

Stützen der Reaktion auf dem Lande

brechen, und bei den kommenden Wahlen in Sachsen und Preußen gute Erfolge erzielen. (Bravo!) Nach den Erfahrungen mit der rein bürgerlichen Regierung vertraue ich fest auf neue Siege.

Die Zeichen der Republik noch viel zu wenig

um so mehr aber Kaiserbilder und Kaiserbüsten. Solange so offen und so zahlreiche monarchistische Symbole ausstehen, wird unsere Arbeit auf Revision des Verfallener Friedens gehemmt.

der ist vogelfrei!

(Stürmischer Beifall und Gänkeklatschen.) Unsere Partei wird weiter den Beweis liefern, daß sie unverwundlich ist. Jetzt ist uns die zweite Internationale dankbar dafür, daß wir auf dem Boden der Demokratie unsere sozialistische Partei so stark erhalten haben.

Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie, in das die Delegierten stehend begeistert einstimmen, schließt der Vorsitzende den Parteitag.

Schluß 12 Uhr.

Der Parteitag in Halle.

Endgültig ist das Grab der U. S. P. gegraben, ihre Totengräber haben ja lange genug dazu gebraucht. Von Tag zu Tag wurde die Sitzung, die schon keinen Parteitag mehr darstellte, stürmischer, und nachdem die Russen erst aufgebieten waren, war des Lärmens und Lobens kein Ende mehr.

Die heutigen Gewaltthäter, die gegen seine Partei, die ebenfalls eine Arbeiterpartei ist, rücksichtslos wüten, zwingen ihn ebenfalls zur Verbannung. Seine Ausführungen juckte Kojanoff zu entkräften, indem er die deutschen und alle der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angehörenden Gewerkschaftler in der unglaublichen Weise beschimpfte.

Wer sind die richtigen U. S. P.?

Über den letzten Verhandlungstag des einig-uneinigen Parteitag der ehemaligen U. S. P. tragen wir noch folgende Einzelheiten nach. Nach Kojanoff erhielt der französische Souverain das Wort. Die russischen Methoden hält er für ungeeignet und unannehmbar für die westeuropäischen Länder.

den andern Ländern nicht eigen ist. Was die russischen Genossen uns bringen, ist eine russische Internationale. Wir wollen aber eine internationale Internationale. Wir brauchen keine Internationale der Klassen, sondern eine Internationale der Massen.

unumgänglich sein, die durchzuführen.

Unannehmbar ist für uns Franzosen und wohl auch für alle europäischen Länder die von Rußland empfohlene Stellungnahme zu den Gewerkschaften. In Orleans hat selbst die Minderheit erklärt, daß sie den Punkt über die Gewerkschaften nicht annehmen könne.

es fehlen die ökonomischen Bedingungen.

Aber wenn Sie die Arbeiterschaft spalten, dann dauert die Stunde der Revolution noch viel länger. Alle Genossen, die nicht nur die Worte von Marx im Munde führen, sondern Gedanken im Kopfe haben, müssen erkennen, daß es nicht möglich ist, überall die Revolution in der gleichen Weise durchzuführen wie in Rußland.

Nach einer längeren Reihe persönlicher Bemerkungen wird der Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet. Von 303 Mandaten werden 38 angezweifelt. Es sind die aus Hannover, Hamburg und Württemberg. Die Mandatsprüfungskommission schlägt vor, die Hamburger Mandate im Verhältnis 7:3 und die Württemberger 7:2 auf Befürworter und Gegner zu verteilen.

Erst bei Eröffnung der Nachmittagsitzung wird das Resultat bekanntgegeben: 180 gegen 124. Damit sind sämtliche Mandate für gültig erklärt.

Vor der Schlußabstimmung über die beiden vorliegenden Resolutionen beantragt Memmele (Stuttgart, links) getrennte Abstimmung, auch über die Leisake und die Bedingungen. Ebenso fordert er namentliche Abstimmung über die Resolutionen. Ledebour wendet sich dagegen.

Darauf wird in die namentliche Abstimmung über die Resolutionen Ledebour und Stöcker eingetreten.

Die Abstimmung besiegelt das Todesurteil

„der einigen U. S. P.“ mit dem erwarteten Sieg der Moskowiter. Die Anschließungsresolution Däumig-Stöcker wurde mit 237 gegen 136 Stimmen angenommen. 2 Stimmen waren ungültig.

Ein Teil dieses Parteitag hat die 21 von der dritten kommunistischen Internationale vorgeschriebenen Bedingungen angenommen. Damit hat sich dieser Teil verpflichtet, gemäß § 16 und 17 der Aufnahmebedingungen in die auf Grund der Beschlüsse der kommunistischen Internationale bereits konstituierte K. P. D. Sektion der dritten Internationale einzutreten.

Sie steht ein ungeheurer Tumult ein. Alle Delegierten springen auf. Die Linke heult und macht höhnische Zwischenrufe. Crispian sucht immer wieder zu Worte zu kommen und fordert schließlich die Mitglieder der U. S. P. D. auf, den Saal zu verlassen und als einziger richtiger Parteitag der Unabhängigen Partei sich in einen andern Sitzungssaal zu begeben.

Die Linke antwortet unter stürmischem Tumult mit Hochrufen und mit dem Absingen der Internationale. Nach Sprengung des Parteitag erklärt der Versammlungsleiter Braumig und der ehemalige zweite Vorsitzende der U. S. P. D., Däumig, daß diese Erklärung des rechten Flügels keine Geltung habe, sondern daß die Mehrheit dieses Parteitag nach wie vor der Parteitag der Unabhängigen Partei sei.

Däumig verliest darauf eine Erklärung Sinowjews, worin dieser zum Ausdruck bringt, daß das Exekutivkomitee von der U. S. P. D. nicht den Übertritt zur K. P. D. fordere. (Lebhafter Beifall.) Das Exekutivkomitee ist überzeugt, daß durch das Weggehen der Opposition die U. S. P. D. eine einheitliche kommunistische Bruderpartei mit der K. P. D. und allen wahren revolutionären Parteien bilden wird.

Hierauf ergreift Sinowjew persönlich das Wort und gibt seiner Befriedigung Ausdruck, daß

die „Agenten des Bürgerturns“

dahin gegangen wären, wohin sie gehören, nämlich zum Bürgerturn, und begrüßt die neue kommunistische Bruderpartei, die er auffordert, einen Vertreter in das Exekutivkomitee zu entsenden.

Der Parteitag der Linken gibt sich sofort einen neuen Vorstand und wählt in das Exekutivkomitee als Vorsitzende Däumig und Adolf Hoffmann, als Sekretäre Stoeder, Koenen, Gänke (Kotsdam), Berta Braumthal, als Beisitzer Eichhorn, Geher jun., Richard Müller, Martha Trendelenburg. In den Beirat werden gewählt Braumig, Memmele (Stuttgart), Delker (Halle), Herzfeld (Berlin), Helemann (Hamburg), Raab, Wayer (Würnberg). In die Kontrollkommission werden neben drei andern gewählt: Geher Vater, Deubler, Fries, Reichardt.

Die Rechte hat inzwischen sofort eine eigne Fraktionsitzung einberufen und für morgen vormittag den Parteitag der U. S. P. D. in das Restaurant Zoologischer Garten einberufen. Beide Gruppen werden als Parteitage der U. S. P. noch einige Zeit zusammenbleiben.

Das geeinigteste und am meisten mißhandelte aller Länder, dem die siegreiche Entente selbst das Recht verweigerte, sich einen Namen zu geben, Oesterreich, wird am 17. Oktober Parlamentswahlen vornehmen. Die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung hatten, wie in Deutschland, die Sozialdemokratie wohl zur stärksten Partei im Parlament gemacht, ihr aber keine Mehrheit gegeben.

Die wirtschaftliche Not hat natürlich ihre Rückwirkung auf die Politik. Man hat Oesterreich die reichsten landwirtschaftlichen Gebiete genommen, auch wenn sie rein deutsch sind und an Oesterreich direkt grenzen, wie Südtirol, Südmähren und Südböhmen, man hat ihm fast alle Kohlen genommen, ohne ihm eine ausreichende Kohlenzufuhr zu sichern.

Die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung hatten in Wien und allen andern Städten den Sozialdemokraten die Mehrheit gebracht. Das flache Land dagegen hatte in seiner Mehrheit für die Christlichsozialen gestimmt. Dieser politische Gegensatz erhielt seine Verschärfung noch besonders dadurch, daß das flache Land, ausgezogen durch den Aufbau des Krieges, die Städte nur für 3 bis 4 Monate im Jahre mit Lebensmitteln versehen kann.

Es konnte nicht ausbleiben, daß mit dem Glend die Unzufriedenheit wuchs, besonders unter der hochstämmigen hungernden Arbeiterbevölkerung. Aber auch weite Schichten des Mittelstandes wurden von der wirtschaftlichen Not fast ebenso hart, ja verhältnismäßig noch härter betroffen als die Arbeiter. Und wer konnte für das Glend verantwortlich gemacht werden, wenn nicht die Regierung? Und in dieser wiederum ist es die Sozialdemokratie, die man zuerst verantwortlich macht.

Die Linke antwortet unter stürmischem Tumult mit Hochrufen und mit dem Absingen der Internationale. Nach Sprengung des Parteitag erklärt der Versammlungsleiter Braumig und der ehemalige zweite Vorsitzende der U. S. P. D., Däumig, daß diese Erklärung des rechten Flügels keine Geltung habe, sondern daß die Mehrheit dieses Parteitag nach wie vor der Parteitag der Unabhängigen Partei sei.

Die ersten Resultate.

Aus Wien wird uns vom 18. Oktober telegraphiert: Soweit bisher Resultate über die gestrigen Wahlen für die Nationalversammlung vorliegen, haben die Sozialdemokraten 8 Mandate verloren, die Christlich-Sozialen 12 Mandate gewonnen, die Großdeutschen haben ein Mandat verloren. Die Wahlen sind in vollkommener Ruhe verlaufen. Die Bolschewisten haben

bisher noch kein einziges Mandat erhalten. Die Tschachen und Zionisten haben ihr Mandat verloren. Soweit sich eine Ueberfrucht geben läßt, dürfte das Parteiverhältnis 75 Christlich-Soziale und 60 Sozialdemokraten sein.

### Untersuchung gegen Hermes.

Durch das offiziöse Telegraphenbureau wird folgende amtliche Mitteilung verbreitet:

Gegen den Reichsminister Dr. Hermes sind in der Öffentlichkeit Angriffe sachlicher und persönlicher Art erhoben worden. Soweit diese Angriffe sich auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik bewegen, wird Gelegenheit sein, bei den Verhandlungen des Reichstags die erforderliche Klärung herbeizuführen. Soweit es sich um Vorwürfe handelt, die gegen die Person des Reichsministers gerichtet sind und Maßnahmen seiner Geschäftsführung in Zweifel zu ziehen suchen, hat der Reichsanzler auf ausdrücklichen Wunsch des Reichsministers Dr. Hermes im Einvernehmen mit dem Kabinett den Reichsjustizminister und den Reichsfinanzminister beauftragt, die Sach- und Rechtslage festzustellen.

Durch diese ministerielle Untersuchung wird sich hoffentlich der Reichstag nicht abhalten lassen, seinerseits die Dinge nachzuprüfen. Schwere Vorwürfe gegen Hermes werden nicht nur wegen seiner Haltung im Falle Augustin erhoben, auch gegen seine Geschäftsführung laufen Handelskreise Sturm.

In Dankkreisen, wie der „Vorwärts“ berichtet, wird davon gesprochen, daß das Ernährungsministerium volle drei Monate, die Zeit des günstigen Walfastandes, hat verstreichen lassen, ohne ein klares Einfuhrprogramm für Lebensmittel aufzustellen. Die Devisenbeschaffungstelle habe sich gegen dieses Verhalten des Ernährungsministeriums wenden müssen und sei sogar gezwungen gewesen, wiederholt Eingaben an die Reichsregierung zu machen, auf die erst im Oktober von dem Ernährungsministerium reagiert worden sein soll. So sei das maßgebende Organ der Devisenpolitik außerstande gewesen, in den Verkehr mit fremden Zahlungsmitteln in einer Weise einzugreifen, die eine planmäßige Sicherung des Einfuhrbedarfs zur Zeit billigen ausländischen Geldes möglich gemacht hätte.

Treffen diese Angaben zu — der Reichstagsanspruch hat Gelegenheit, sie nachzuprüfen —, so wäre Dr. Hermes mit seinen Amtsbekanntem als Sachwalter der deutschen Ernährungsmittelbeschaffung völlig gerichtet. Ein Ernährungsminister, der mit der Zahlkraft des deutschen Geldes Schindler treibt zu einer Zeit, wo sich der Einfuhrbedarf auf Milliardenwerte beziffert, der damit der Reichskasse bei der Verbilligung der Lebensmittel neue Lasten auferlegt, hat für alle Zeit ausgespielt.

### Sinowjew und Losowski ausgewiesen

Auf Veranlassung der Reichsregierung wurden die Bolschewiken Sinowjew und Losowski aus Deutschland ausgewiesen und beide bis zur erfolgten Ausreise unter polizeiliche Aufsicht gestellt.

Für Ausweisungen gegenwärtiger Personen können wir uns nicht begeistern. Aber bellagen dürfen sich gerade die Bolschewiken und ihre deutschen Anhänger nicht. Schlimmer als die Lenin und Sinowjew kann niemand Unterdrückungspraktiken anwenden. Was sie in dieser Hinsicht leisten, steht in keiner Weise zurück hinter den Taten der Blutzaren. Die deutsche Arbeiterklasse hat leidenschaftlich protestiert, als der Generalkonsul in Moskau, der russische Proletariat gehandelt. Die Rede Martows in Halle, ja Martow selbst, war eine einzige fürchterliche Anklage. So wenig wir Sozialdemokraten uns für den Zaren begeistern konnten, so wenig für Lenin und Sinowjew. Wer selbst mit brutalster Gewalt andre unterdrückt, darf sich nicht belagern, wenn ihm gleiches geschieht. Wir halten dafür: es wäre klüger gewesen, Sinowjew und Losowski nicht auszuweisen. Anhänger werden sie nicht.

### Selbständiges Oberschlesien?

In der „Oberschlesischen Rundschau“ erläßt Reichsanzler Fehrenbach eine Rundgebung über Oberschlesien, die mit folgenden Worten schließt:

Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß der besondern Eigenart des ober-schlesischen Landes und Volkes weit mehr, als es in der Vergangenheit geschähen ist, Rechnung getragen werden muß, und ist entschlossen, den Ansprüchen der Oberschlesier, soweit es im Rahmen der Verfassung des Deutschen Reichs möglich ist, nachzukommen. Oberschlesien wird über seine staatliche Zukunft selbst entscheiden. Fällt die Entscheidung zugunsten Deutschlands aus, mit dem es eine tausendjährige Geschichte verbindet, dann darf es gewiß sein, daß ihm die Selbständigkeit gewährt wird, die es im Rahmen der Verfassung und im Staatsleben des Deutschen Reichs erhalten kann.

Die Rundgebung sagt nicht, was unter dieser „Selbständigkeit“ zu verstehen ist. Das heutige Einzelstaatenystem, das eine Fortsetzung des alten Raubstaatsystems und der Dynastiepolitik ist, wird nicht in alle Ewigkeit aufrechterhalten bleiben können. Die Gliederung Deutschlands nach geographischen, wirtschaftspolitischen und stammeskundigen Gesichtspunkten ist ein Ziel, dem wir zustreben. Ob es aber klug ist, einzelne Teile „selbständig“ zu machen, ohne die Neugliederung im ganzen ins Auge zu fassen, halten wir für sehr fraglich. Unsere Genossen im Reichstag werden auch in dieser Frage ein Wortlein miteinreden müssen.

### Hoch die Schieberfreiheit!

Aus einer Statistik der Dresdner Postüberwachungsstelle gegen Kapitalverschleubungen geht hervor, daß der Steuerbehörde folgende Werte verschwiegen worden waren: In Vermögen im Ausland 1 Milliarde Kronen, 20 Millionen Mark und 156 162 verschiedene Aktien, ferner an Vermögen im Inland 8 Millionen Kronen, 89 Millionen Mark und 5 177 verschiedene Aktien. Ferner sind im gleichen Zeitraum von der Dresdner Überwachungsstelle Meldungen über Ka-

pital- und Steuerflucht in Höhe von 51 Millionen Kronen, 21 Millionen Mark und 6 778 verschiedene Aktien sowie über 547 Warenverschleubungen nach dem Ausland erstattet worden. In weiteren 48 Fällen sind dem Reichsfinanzministerium die Namen von Besitzern ausländischer Wertpapiere mitgeteilt worden.

Die Postüberwachungsstellen waren zur Bekämpfung des Schiebertums unter der sozialdemokratischen Regierung eingerichtet worden. Die bürgerlichen „Wiederbau“-Parteien, welche in der Wahlzeit versprochen, sie würden dem Schiebertum ein Ende machen, hatten nichts Besseres zu tun, als die Postüberwachungsstellen aufzuheben. Wenn sie auch nicht die „Freiheit des Handels“ völlig durchfließen konnten, so geben sie doch alle Mühe, wenigstens billige Bücher- und Schieberfreiheit herzustellen. Die Postüberwachungsstellen standen dieser Freiheit, wie das Dresdner Beispiel zeigt, ganz eifrig im Weg, und darum mußten sie verschwinden. Wirklich, die Schieber aller Art haben Grund genug, die jetzige Regierung als ihre Regierung zu betrachten.

### Steuermoral des Besitzes.

Einen recht interessanten Beitrag, wie aufsperrnd die besitzende Klasse dem Staate durch Steuern helfen will, zeigt eine Zusammenstellung, die das sozialdemokratische Parteiblatt „Das freie Volk“ in Schwere in am 4. Oktober veröffentlichte. Danach leisteten Steuerzahler:

1. Engler, Kriegsinvalide, Bote	92 Mark
2. Philipp, Hofbesitzer, 4 Pferde, 15 Kühe	70
3. Philipp, Arbeiter	118
4. Brück, Landwirt, 6 Pferde, 18 Kühe	70
5. Stepanitz, Bäcker, 4 Pferde, 12 Kühe	18
6. Dan, Hofbesitzer, 3 Pferde, 6 Kühe	21
7. Werner, Hofbesitzer, 3 Pferde, 9 Kühe	26
8. Gast, Fleischer	28
9. Müller, Fuhrhalter, 14 Pferde	146
10. Herzog, Gastwirt, 1 Pferd, 1 Kuh	21
11. Röhler, Hofbesitzer, 2 Pferde, 8 Kühe	12
12. Hofbauer, Hofbesitzer, 2 Pferde, 7 Kühe	21
13. Nitschowski, Arbeiter	92
14. Hofe, Fabrikbesitzer	92
15. V. Badesen, Fabrikbesitzer	80
16. B. Badesen, Fabrikbesitzer	80

Das Blatt fügt aus seiner Sammelmappe noch einige Beispiele aus Unterbuschlau hinzu:

Der Mittergutbesitzer Kurt Moser in Unterbuschlau besitzt ein Rittergut, welches etwa 2000 Morgen groß ist. In lebenden Inventar hat er 45 Arbeits- und Reitpferde, 15 bis 20 Jährlinge, etwa 70 Milchkuhe, 50 Stück Jungrind und 65 Schafe. Von etwa 444½ Morgen muß er an die Gemeinde Oberbuschlau Steuern zahlen, und zwar eine Einkommensteuer von 31 — einund-dreißig — Mark jährlich.

Ein Arbeiter in Oberbuschlau, welcher 18 Jahre alt ist und pro Monat etwa 70 Mark Lohn nebst freier Station erhält, ist zu einem Einkommensteuersatz von 24 Mark veranlagt.

Ein anderer Arbeiter bezahlt den Einkommensteuersatz von 38 Mark.

Ein kleiner Landwirt in Oberbuschlau besitzt etwa 18 Hektar Land, ist kriegsbeschädigt, seine Ehefrau ist arbeitsunfähig (ärztliche Atteste stehen zur Verfügung), hat sieben Kinder unter 14 Jahren und ist zum Einkommensteuersatz von 44 — vierund-dierzig — Mark veranlagt.

Die Gegenüberstellung der Zahlen spricht Bände. Die Zahlen beweisen uns drastisch, daß die „notleidenden Landwirte“ es verstehen, sich von Steuern zu drücken. Gewöhnlich geben sie als ihr „Einkommen“ an, was ihnen nach Deduktion aller Unterhaltskosten für sich und ihre Familie als Ueberfluß, als Ersparnis noch bleibt. Wenn die Arbeiterschaft einig wäre, würde solche „Steuerpolitik“ viel schneller, als jetzt möglich ist, durchkreuzt werden.

### Rückgang der Erwerbslosen.

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen nach den amtlichen Feststellungen auch in der Zeit vom 15. September bis zum 1. Oktober nicht unwesentlich zurückgegangen. Während sie am 15. September nach den endgültigen Feststellungen 405 879 betrug, belief sie sich am 1. Oktober auf 394 371, also ein Rückgang von 11 508, und zwar 4908 Männer und 6602 Frauen. Die Zahl der Familienangehörigen, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden, hat sich von 375 701 auf 365 247, also um 10 553, vermindert. Der Aufwand an Erwerbslosenunterstützung, der in der ersten Hälfte des Monats September für Reich, Länder und Gemeinden zusammen 46,5 Millionen betragen hatte, vermindert sich in der zweiten Hälfte des September auf 45,5 Millionen. Es darf freilich kaum erwartet werden, daß dieser Rückgang weiterhin anhalten wird. Vielmehr wird aller Voraussicht nach mit dem Eintritt des Winters die Zahl der Erwerbslosen wieder steigen.

### Der englische Bergarbeiterstreik.

Die seit Monaten schleichende Krise ist ausgebrochen. Von Montag an streikten in England eine Million Bergarbeiter. Ursprünglich forderten die Bergarbeiter neben einer Lohnerhöhung die Herabsetzung des Preises der Hausbrandkohle. Die Kohlen dieser beiden Forderungen sollten aus den Ueberflüssen der Ausfuhrpreise der Kohlen gedeckt werden.

Nach langen Verhandlungen haben die Bergarbeiter die zweite Forderung praktisch fallen gelassen und ihrer Ueberweisung an eine Kommission zugestimmt. Andererseits haben die Unternehmer eine Lohnerhöhung zugesagt, aber diese von der Kohlenförderung abhängig gemacht. Eine Lohnerhöhung von einem Schilling soll eintreten, wenn die Förderung täglich 240 000 Tonnen beträgt. Mit der Steigerung der Förderung soll auch die Lohnerhöhung steigen. Das haben die Bergarbeiter abgelehnt.

Die Krise, die die gesamte Industrie lahmzulegen droht, scheint weitere Kreise zu ziehen. In einer Versammlung von Vertretern von 25 000 Transportarbeitern in London wurde eine Entschließung im Sinne einer nationalen Forderung von einem Mindestlohn von 4 Pfund 7 Schilling pro Woche angenommen. Ferner wurde die Streikauflösung mit einer Frist bis zum 23. Oktober beschlossen. Die Entschließung besagt auch, daß die Transportarbeiter bereit sind, allen auf Grund der Solidarität mit den Bergarbeitern erhaltenen Beschlüssen nachzukommen.

### Die Jugoslawen in Kärnten.

Die Jugoslawen haben auf den Befehl der Interalliierten Kommission, die vor ihnen besetzte Zone zu räumen, noch keine Antwort erteilt. Während sie in den meisten Bezirken sich anheimend auf einen dauernden Aufenthalt einrichten, oder dieses wenigstens der Bevölkerung vorzuspiegeln, haben sie das obere Nörsental im Laufe der Nacht in aller Stille geräumt. Sie haben dabei aber unterhölte Bündelungen verborgen und nahmen alle den frühesten österreichischen Besonderen geförperten Gegenstände, insbesondere aber die telegraphischen und postalischen Apparate mit. Bei dem Ausbau der Apparate haben sie die Gebäude gewalttätig zerstört.

Die deutschsprachige Bevölkerung wird bis auf das Hemd ausgeraubt, wobei insbesondere Wäsche mitgenommen wird. Es werden sogar erbeutete Balken von den Montenobraren weg auf Lastautomobile verladen und über die Grenze geschleppt. Die Interalliierte Kommission wurde von diesen Vorgängen benachrichtigt. Sie hat infolgedessen, jedoch sehr verspätet, Offiziere zur Grenzüberwachung abgestellt. Vor der Klärung des Mordfalls haben die Jugoslawen dortige jugoslawisch gestimmte Burgen mit Militärgepöhrten und Munition ausgerüstet und sie mit der Anweisung versehen, auf die eintreffende österreichische Gendarmen zu schießen und einen Aufstand zu organisieren, um einen Vorwand zum sofortigen neuen Einmarsch der Jugoslawen zu schaffen.

### Das Urteil im Röhthener Putschprozeß.

Ueber die Entlarbung eines Spitzels vor dem Ausnahmegericht, die wir bereits meldeten, geben wir noch folgenden Bericht:

Zu einem ungewöhnlichen Austritt gestaltet sich die Vernehmung des Handelsmanns Grimm, der zunächst kaum ein Wort herauszubringen scheint und sich nur mühsam zu „Entscheidungen“ über eine rote Kampforientation verleiht. Er bezieht sich vor allem Sportvereine als Vorbild für militärische Formationen. Und Bormanna sei der Leiter der Kampforientation in Halle. Aus der K. A. P. D. sei Grimm erst gestern ausgetreten, weil die Bezeichnung „Zusatz- und Spitzel“, die der gestrige Verhandlungsbericht des Fallischen „Vollstabelle“ ihm beilegte, seine Ehre verunreinigt hätte. Enttäuscht erreicht er im Gerichtsaal seine Mitgeklagte starkte der K. A. P. D. Die Frage des Verteidigers, ob Grimm zu irgendeiner Zeit oder Gelegenheit einer militärischen Dienststelle Spitzeldienste geleistet, verneint er auf das entschiedenste und läßt sich erst vom Verteidiger auseinandersetzen, was ein Spitzel sei. Nach der Vernehmung des Zeugen bringt der Verteidiger gegen Grimm ein Schreiben vor, das diesen als Spitzel entlarbt und des Meinerds überführt. Grimm gesteht nach wiederholtem Einreden des Präsidenten keine Lüge. Unter dem Namen Kurt Marx hat er bei dem Garnisonkommando Halle einem Leutnant Dzwald, der den Decknamen „Hauptmann Sanden“ trug und ihn bezahlte, Spitzeldienste geleistet. Grimm behauptet, im Interesse des Vaterlandes“ gehandelt zu haben. Er wird sofort in Haft genommen.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Hegerwisch bezeichnete den Putsch als ein wahnwichtiges Unternehmen, das Betragene und Betrüger mit Unberstand in Szene gesetzt haben, und stellt die Angeklagten den amnestierten Kappisten gegenüber. Darauf verteidigen sich nacheinander die Angeklagten. Sie offenbaren zum größten Teil auch hierbei wieder wie im Verlauf der Verhandlung schon eine erstaunliche politische Unkenntnis, Ahnungslosigkeit sowie mangelnde Erkenntnis der Tragweite ihrer Handlungen.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß das Gericht den wichtigsten Charakter der Vereinigung der Röhthener Putschisten bejahte. Wildernde Umstände wurden sämtlichen Angeklagten zugebilligt. Dr. Berg und Bormann erhielten 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Ritter 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Thiele, Niklas, Fuchs, Stöbe, Bülow, Berger, Pöpler 8 Monate Gefängnis, Laute, Köhne, Schröter 1 Jahr Gefängnis, Broh, Fides 6 Monate Gefängnis und Jöbel und Gehler 4 Monate Gefängnis. Auch wurde freigesprochen. Die Angeklagten nahmen das Urteil ruhig entgegen.

### Notizen.

**Differenzen im Braunkohlengeld.** Verhandlungen, die in Halle zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des mittel-deutschen Braunkohlenbergbaues stattgefunden haben, sind gescheitert, da die Arbeitgeber erklärten, keine weiteren Zugeständnisse in der Frage der Lohnerhöhung machen zu können, ohne eine Kohlenpreiserhöhung eintreten zu lassen. Es wurde eine Zweigliedrige paritätische Kommission gebildet, die die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium fortsetzen soll.

**Der Streik in Leipzig beendet.** Die streikenden Gas- und Elektrizitätsarbeiter haben mit großer Mehrheit die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen; damit ist der eine Woche dauernde Streik beendet.

**Auch Polaklieferungen für die Entente!** In diesen Tagen haben in Paris Verhandlungen begonnen, in denen über die Holzlieferungen an die Entente auf Grund des Friedensvertrags beraten werden wird.

**Wohnungsnot.** Die Wohnungsnot in Halle ist aufs höchste gestiegen. Die Zahl der vergeblich wohnungsuchenden Familien beträgt annähernd 9 000. Die Unterbringungsmöglichkeiten sind erschöpft, weshalb der Magistrat vor Zugun nach Halle dringend warnt. Zahlreiche Familien, insbesondere Flüchtlinge, wohnen bereits in Notquartieren, in Klassenräumen der Schulen, Kellern und auf Dachböden. Zwangswise Belegungen größerer Wohnungen mit Obdachlosen sind in weitestem Umfang durchgeführt worden. Zuzügler haben auf Unterkunft nicht mehr zu rechnen.

**Schweizer Gewerkschafts-kongreß.** Unter außerordentlicher starker Beteiligung wurde am Freitag der Kongreß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes durch den Präsidenten des Bundes, Nationalrat Schneberger, eröffnet. Unter andern waren auch zehn ausländische Landeszentralen vertreten. Gegen das vom Bundesrat gegen die russischen Gewerkschaftsvertreter erlassene Einreiseverbot wurde eine Entschließung angenommen, in der die Versammlung energisch gegen die Haltung der Landesbehörde protestiert. Dudgeest überbrachte die Grüße des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

### Depeschen.

#### Noch eine Konferenz in Genf?

L. U. London, 18. Oktober. Einer Reutersmeldung zufolge ist die französische, die englische und die belgische Regierung einmütig der Meinung, daß es wünschenswert ist, in Genf eine Konferenz abzuhalten, um mit den deutschen Delegierten über die Entschädigung zu beraten.

#### Zwei Millionen Streikende.

B. A. W. London, 18. Oktober. Tausende von Arbeitern der verschiedenen Industrien haben die Arbeit bereits eingestellt. Die Mätker schätzen die Zahl der Ende dieser Woche Feiernden einschließlich der Bergleute auf zwei Millionen. In den Häfen sind schon Störungen eingetreten. Die mit Exportwaren beladenen Dampfer liegen fest. 250 000 Kumpfer und Metallarbeiter sowie Angehörige der andern Berufsstände stellen in Südwales die Arbeit plötzlich ein. In Manchester sind 70 000 Arbeiter der Baumwollspinnereien und Metallarbeiten von der Arbeitseinstellung bedroht. 80 000 Metallarbeitern wurde in Sheffield auf 1 Woche gekündigt. Die Stahlwerke in Leeds wurden geschlossen. In Westschottland und Glasgow ist die Lage in der Industrie beunruhigend. Die Baumwollspinnereien von Blackburn, die die Arbeit schon teilweise eingestellt hatten, sind ausnahmslos von gänzlichem Unterbrechungen der Arbeit bedroht.

#### Die Ueberwindung des Völkerrasses.

B. A. W. Paris, 18. Oktober. Der „Matin“ meldet aus London, daß eine Anzahl von Professoren der Universität Oxford sich an ihre deutschen Kollegen wandten, um zu einer Wiederaufnahme der Beziehungen zu kommen, hauptsächlich im Interesse gemeinsamer wissenschaftlicher Arbeit zum Vorteil einer besseren Verständigung und der Wiederherstellung der Sympathien, die vor dem Kriege geherrschet haben. Anführer dieses Schrittes spricht sich das Pariser „Journal“ abfällig über die Persönlichkeiten der englischen Professoren aus.

# Kammer-Licht-Spiele

Heute bis einschließlich Donnerstag  
**Der 1. Zelnik-Monumental-Film**  
**Der Abenteurer v. Paris**

Ein Erlebnis in 6 Akten.  
 In den Hauptrollen:  
**Zelnik — Vallentin — Sibyl Smolowa — Ilka Grüning**

Dieser bisher erfolgreichste Abenteuerfilm ist von einer unvorstellbaren Spannung. Die glänzende Ausstattung, von allem die hervorragende Besetzung der Hauptrollen, welche in den Händen unserer bekanntesten Film- und Bühnengrößen liegen, machen das Werk auch für das vorwiegendste Publikum sehenswert.

Das Meisterwerk der Sensationen  
**Das brennende Trapez**  
 oder: **Die Arena des Todes**  
 Sensations-Zirkusdrama in 4 Akten.

Spannende Film-Attraktionen u. a.:  
 Mysteries des großen Zirkus Das brennende Trapez  
 Akrobaten unter der Zirkuskuppel Sensation, Flucht am Telephondraht  
 Der Zirkusbrand In der Arena des Todes  
 Die Heldentat einer Akrobatin usw.

Beginn werktags 6 Uhr Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr  
 Beginn Sonntags 3 Uhr Ende gegen 10.45 Uhr

Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr **Große Frühvorstellung**

**Einkauf** von allen Sorten  
**Fellen, Altpapier**  
**Alteisen, Altmetallen**  
**Sekt- u. Weinflaschen**  
**Lumpen, Wolle**

**Sorger & Freund**  
 zu höchsten Tagespreisen

Magdeburg  
 Schönebeckstr. 12  
 Telefon 7728 und 6548.

Bestellungen werden prompt u. kostenl. ausgeführt

**Altpapier**  
 Zeitungen, Zeitschriften, Altkl.,  
 Bücher, Sammelpapier  
 garantiert zum Einkampfen

**Wein-, Rognat- und Sekt-Flaschen**  
 Schaftwolle, Strumpfabfälle u. Wolle  
 Haus- und Sacklumpen, Knochen

Altkleiden, Altmetalle, Rohhaare, Matratzenhaare sowie alle Sorten Felle kaufen zu hohen Preisen

**Gehr. Rosenbaum, Magdeburg-S.**  
 Lemdörfer Weg 2. Telefon 3307.

**Bekanntmachung.**

Wir geben hiermit den Mitgliedern des Rohprodukten-Kleinhandlervereins bekannt, daß wir mit Heutigem unsere Abnahmestellen

**Schönebeckstraße 12 und Halberstädter Straße 130 (Eingang Bühne)**

eröffnet haben und bitten um rege Unterstützung jedes einzelnen Mitglieds. Reelle Bedienung und kulant Preise werden zugesichert.

Der Vorstand.

**Winterkartoffeln**  
 liefert ab Lager und frei Keller

**Herm. Klutentreter**  
 Bahnhof, Tor 6. Fernspr. 1801.

**Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co., Abteilung Buchhandlung**  
 :: Hamburg 36, Fehlandstrasse 11 ::

In unserm Verlage ist erschienen und von demselben zu beziehen:

**Illustrierter Neue-Welt-Kalender für das Jahr 1921**  
 45. Jahrgang

Inhaltverzeichnis

Kalenarium. — Mikroskop. — Beachtenswerte Abreisen. — Postales. — Unsere Toten (mit Porträts). — Wo ein Vater schlummert. — Gedicht von Ludwig Bollen. — Messen und Märkte. — „Zeit.“ Gedicht von Ernst Wegang. — ... und nicht verzeihlich. — Von Erwin Barth (mit Illustration). — Friederich Müller. — Eine Waldfrauengeschichte aus dem Badischen. — Erzählung von Annie Stempel-Rehrmann (mit Illustration). — Volkswirtschaftliche Vorlesungen. — Die neue Arbeiterbewegung. — Von Franz Diederich (mit Porträts). — Gemeinamkeit und Gleichheit. — Von Friedr. Engels. — Proben moderner Arbeiterbewegung. — Arbeit. — Eine Skizze von Wilhelm Tennemann (mit Illustration). — Drei Wägen. — Gedichte. — Wilhelm Weiling in seinen späteren Jahren. — u. a. u. a. (mit Illustration). — Landtag. — Die Interaktion und ihre Bedeutung für die Volksgesundheit. — Von Dr. Georg Wolff (mit Illustration). — Mann und Frau. — Von August Weh. — Vergeben. — Von Ernst Zebelius (mit Illustration). — Die Vertriebe. — Arbeiter und Arbeitgeber. — Die Vertriebe (mit Illustration). — Pachtvertrag. — Erzählung von Gertha Pohl (mit Illustration). — Die Verwendung unserer Lebensbedingungen. — Von Dr. Alfred Bräuer. — Vom Geld. — Von Dr. Alfred Bräuer. — „An meinen Vater“ und „Der Broter.“ Gedichte. — „Klingende Blätter.“ — Für unsere Käseblätter. — Außerdem ein Bild auf Kunstdruckpapier: „Waldlandschaft.“ Zeichnung von W. Kraus, ein Wandkalender usw.

**Preis 2,25 Mt., dazu der ortsübliche Feuerungszuschlag für den Buchhändler.**

Bei Einzelbezug bitten wir um Einsendung des Betrages nebst 40 Pfennig in deutschen Briefmarken für Porto.

Zu beziehen auch durch die  
**Buchhandlung Volksstimme**  
 Große Münzstraße 3.

**UT** heute bis **UT** Donnerstag 2623

**Gr. Storchstraße.**  
 Erstaufführung  
**Esther Carena**  
 in dem großen Sitten-drama  
**Die ihr Glück verkennen**  
 oder: Der Roman einer leichtsinnigen Frau. — 5 Akte.  
 Ferner:  
**Die Kupplerin**  
 Marzipan einer Gefallenen, aus den verschwiegenen Häusern Berlin W.

**Spielezeit: Wochentags 6 Uhr. — Beginn der Abendvorstellung 1/8 Uhr.**

**Buckau:**  
 Schreiberstraße  
 — feiliger Landth. —  
**Eröffnungs-Vorstellung**  
 Charlotte Böcklin  
 in dem ungarischen Drama  
**Das Lied der Pusta.**  
 Ferner:  
**Der Mord im Splendid Hotel**  
 Sonntag 3 Uhr  
**Jugend-Vorstellung**

**Schmidtchen**  
 Gustav-Adolf-Straße 24.  
 Tel. 6082

**Sabte enorme Preise für**  
**Raninfelle**  
**Sasenfelle usw.**  
 Lumpen, Eisen u. a. Metalle  
**Silberath, Bege 11.**

**Zentraltheater.**  
 Abends 7 Uhr:  
**Die Schönste von allen.**  
 Freitag: 25. Aufführung.

**Theater-Restaurant:**  
**Bunte Bühne**  
 Täglich Auftreten  
**erster Kräfte!**

**Operntexte**  
 empfiehlt  
 Buchhandlung Volksstimme

**Städtische Theater.**  
**Stadt-Theater.**  
 Dienstag den 18. Oktober  
 Anf. 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.  
 6. Abend.  
**Hofmanns Erzählungen.**  
**Wilhelm-Theater.**  
 Dienstag den 18. Oktober  
 Anfang 7 1/4 Uhr

**Zwangseinquartierung**

**Stephanshallen**  
 Netto: 2373  
 Kleine Reklame  
 Große Leistungen.

**Fürstenhof-Prunksaal**  
 Abends 7 Uhr  
 mit größtem Erfolg  
**Bruno Schenk**  
 mit seinen unerklärlichen  
 Tünstionen.

**Ray Petini**  
**Cermonts Jiras**  
**Margrit Perky**  
**Palo und Gellery**  
**Eugle Blattner**  
**Mornes**  
**E. und W. Wessing**  
**Ernest und Gabriele**  
**Kolf Kasack**

**Fürstenhof-Tunnel**  
 Täglich:  
**Die beliebtesten**  
**16 Oberbäher**  
 Sammlung! — Laden!  
 Summe! — Romel!

**ZL** **ZL** **ZL** **ZL** **ZL** **ZL**

**Zirkus-Lichtspiele**  
 Bis einschließlich Donnerstag

**Homunculus 2. u. 3. Teil**  
 2. Teil:  
**Die Vernichtung der Menschheit**  
 6 Akte.  
 3. (letzter) Teil:  
**Ein Titanenkampf**  
 6 Akte.  
 Hauptrolle:  
**Der unübertreffliche Olaf Fünas**

Spielezeit 6-10.45 Uhr  
 Sonntags 3-10.45 Uhr  
 Beginn der Abendvorstellung 8.30.

**ZL** **ZL** **ZL** **ZL** **ZL** **ZL**

**Altmarkter Hof**  
 Trausberg 51. 4816  
 Dienstag und Mittwoch  
 10.45 Uhr  
**Dr. Preislat.** Kammer

Lichtspielhaus  
**Panorama**

Heute bis einschließlich Donnerstag  
**Pola Negri, v. Winterstein,**  
**Hofmann, Stahl-Nachbar**

in  
**Martyrium**  
 die Tragödie einer Frau in 5 Akten.

**Paul Morgan**  
 in  
**Das Geheimnis der Nacht-Bar**  
 spannendes Detektivdrama in 5 Akten.  
 Beginn werktags 6 Uhr, Sonntags 3 Uhr.  
 Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr.  
 Ende gegen 10.45 Uhr.

**Reunion**  
 Cigaretten

hergestellt aus rein orient. Tabaken  
 Kleinverkauf. 25-50 Pf.

**Kostümstoffe**  
 140 cm breit, zum Ausuchen  
 pro Meter 48 Mt. nur  
**Leckers Gelegenheitskäufe**  
 Fischlerbrücke 33. 4812

**Verkaufe**  
 zu äußerst anerkennenden Preisen 2485

**Rüchen, Schlaf- u. Speisezimmer.**  
**Paul Jahn,**  
 Tischlermeister,  
 Halberstädter Straße 37/38.

**Jalousien — Rollläden**  
 Reparatur u. Neuanfertigung.  
**Carl Helmholz,**  
 Gr. Döbberner Str. 195.  
 Telefon 4872. 482.

**Brennholz**  
 Buche, Eiche, Birke und Riefer  
 in Kisten oder lose fertig gebacht von 10 Zentner  
 3268 autwärts liefert prompt und später

**Carl Wiemann**  
 Kohlenhandlung  
 Brennholz-Spalt- und Sägewerk  
 Rogauer Str. 22. Tel. 7624.

**Zable**  
 erstaunlich hohe Preise  
 für getrag. Herren- u. Damen-  
**Garderobe**  
 neue und gebrauchte Mäntel,  
 Betten, Uniformen und  
 ganze Nachlässe.

**Gruner**  
 Margareten-  
 straße Nr. 7.  
 Telefon 2814.

**Möbel**  
 in 4 Etagen!  
 Komplette  
 Schlafzimmer  
 Wohnzimmer  
 Speisezimmer  
 HerrensZimmer  
 aparte Rüchen  
 in farbig und natur lackiert

Verkauf zu äußerst  
 billigen Preisen.  
 Auf Wunsch  
 bequem Zahlungsweise.  
 Spezialehaus f. Möbel-  
 Ausstattungen

**A. Friedländer**  
 Magdeburg  
 Alte Ulrichstr. 11  
 Versand nach allen Orten.

Out erhält Federbetten sowie  
 gute Leibwäsche von Privat-  
 käufern zu kaufen gesucht. 4817  
 Henschel, Al. Sunkerstraße 10.

Räumungsverkauf in Wachs-  
 u. Bleimäschinen, Segel-  
 masch. u. Tafelwagen, Haus-  
 u. Malerwerkzeugen, Hand-  
 schrotmühlen, Fahrrad-  
 decken u. -schläuchen, Hand-  
 tafelmägen, 10 Str. Tragkraft.  
 Rogge, Schenkendorferstraße 17, 1.

Dr. Kanonenstein zu verkaufen.  
 Dienstag u. 11 bis 1 Uhr. 4836  
 Schröder, Al. Schulstr. 25, III.

**1/1 = Sekt-Flaschen**  
 Maggiflaschen Nr. 5 u. 6  
**1/1 = Weißwein-, Rotwein-, Rognat-Flaschen**  
 Brunnen-, Milch-, Portwein-, Burgunder- sowie  
 sämtliche 1/2, 3/4, 1-Liter-Flaschen.

**Altmetalle | Altpapier**  
 Kupfer, Messing, Rotguth, Blei, Zinn, Aluminium, Stanniol u. Flaschenstopfen  
 Zeitungen, Zeitschriften, Altkl., Geschäftspapiere, Pappabfälle, Papierabfälle sowie sämtl. Sort.

werden dankend gegen beste Bezahlung angenommen.

**Magdeburger Abfall-Sammlung**  
 Große Münzstraße 13, Eing. Rutscherstr. — Tel. 2094.  
 Abholung erfolgt kostenlos durch unser Gespann. 2118

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 18. Oktober 1920.

### Aufführung im Wilhelm-Theater.

Am Freitag wird im Wilhelm-Theater der Arbeiter-Bildungsausschuss seinen Gästen eine Aufführung bieten. Aufgeführt wird zum erstenmal „Die Strandräuber“, Lustspiel von Paul Bader. Die Theaterfreunde lernen für den Autor, der ihnen das mächtig wirkende Drama „Das Gesetz“ gegeben hat, von einer neuen Seite kennen. Er zeigt ein Stück Leben im Hohlspiegel des Humors. „Die Strandräuber“ sind jedoch kein Durchschnittslustspiel, sie erheben sich weit darüber. In ihnen klingt neben dem Geklack des Witzes ein tiefer Ton edlen Menschentums. Die Aufführung am Freitag wird im Magdeburger Theaterleben ein bedeutendes Ereignis werden. Dem Bildungsausschuss muß dafür Dank und Anerkennung ausgesprochen werden, daß er die Aufführung dieses neuen Bühnenwerks veranlaßt hat.

### Karten sind an folgenden Stellen zu haben:

- Buchhandlung Volksstimme, Große Münzstraße 8,
- Willi Wies, Kurfürstenstraße 6,
- G. Kochhammer, Bahnhofstraße 49,
- E. Polth, Tischlerstraße 22,
- B. Wolter, Klosterbergstraße 12, 1 Tr.
- G. Eichholz, Zimmermannstraße 18,
- Job. Hünemann, Mittelstraße 7, 2. & 3. Tr.
- W. Wagner, Genthiner Straße 16,
- Otto Bauermeister, Fichtestraße 5, 1 Tr.
- Otto Engel, Budau, Nordstraße 8.

### Eine Rede des Reichswehrministers.

Der demokratische Reichswehrminister Dr. Gessler sprach am Sonntag im Rittersaal über die politische Lage. Der Minister spricht den Dingen offen ins Auge zu sehen und eine heutzutage Auffassung für alle Verhältnisse zu haben. Er ist ein einfacher ehrlicher Mensch, der aber ganz und gar nicht der Mann ist, sich gegenüber den Generalen der Reichswehr durchzusetzen. Von seinem Vortrag, bei dem er alle Punkte der Politik und der Wirtschaft nur nicht sein Gebiet, die Reichswehr, streifte, sei folgendes wiedergegeben:

Es besteht die Gefahr, daß wir den allseitigen Aufschwung politischer und wirtschaftlicher Art geistig erliegen. Das Unheilvollste aber ist die Illusion: es wird schon nicht so schlimm werden. Der Ansehensunterricht, den die Räte diktiert, in München den Bayern gegeben haben, hat die reaktive Welle anschwellen lassen. Sehr offen erklärte der Reichswehrminister, daß der schärfste Gegner der Reichsregierung, der „Antiräter“, ins Land ist. Bayern zu schlagen — auch ohne Reichswehr. Der Minister warnte die Arbeiterschaft davon, die Lage nicht immer nur mit der Brille des Industriehändlers anzusehen, sondern zu bedenken, daß auch noch andere Leute in Deutschland leben. Gegen die Bauern kann keine Revolution gehalten werden.

Wann trat der Minister für die Reichseinheit ein. Bei der Schilderung der trostlosen Finanzlage Deutschlands sprach er aus, daß wir zur völligen Verelendung des Volkes kommen, wenn es uns nicht schnellstens gelingt, die Reichspapiermühle zum Stillstand zu bringen. Er kündigte eine Einschränkung der öffentlichen Aufgaben an und behauptete dann, daß bei einer Sozialisierung des Vergütungswesens nicht mehr herausgewirbelt werden könne, als jetzt schon die Kohlensteuer einbringt. Zur Sozialisierung nahm der Minister begrifflich keine festumrissenen Standpunkte ein.

Leider hätte die Zwangswirtschaft in Fleisch und Karoffeln aufgehoben werden müssen, weil sie durch die Schließung des Volkes zur Lüge geworden war. Mit den Geirgen allein sei es nicht getan, es muß auch eine starke Autorität der Regierung und ein fester moralischer Wille des Volkes vorhanden sein. Gesetze können nicht durchgesetzt werden, wenn sie nicht dem Volksempfinden entsprechen. Der Minister kann es begreifen, wenn im Volke alleinstimmige Erbitterung, besonders über die Ernährungsverhältnisse, herrscht. Die Regierung kann es nicht verhindern, daß die Not die Bevölkerung zur Verzweiflung treibt. Wichtiger der oberen Klassen ist es, durch Einfachheit der Lebensführung den anderen mit gutem Beispiel voranzugehen. Prohibitum und Heberumt der Kriegsgewinnler wirken aufreißend. Es

ist Schwindel, wenn man dem Volke immer vom Preisabbau vorredet. Solange unser Geld fortwährend der Entwertung unterliegt, ist kein Preisabbau möglich.

Die Verhütung, im politischen Leben normale Verhältnisse zu schaffen, werden fortgesetzt von rechts und links sabotiert und ein widerliches Epigonengetöse großgezogen. Der Minister beklagte, daß die alte Koalitionsregierung nicht wieder möglich gewesen sei. Mit dem Wunderglauben an den starken Mann oder an die Diktatur von links kommen wir nicht hoch. Wir dürfen in der Politik nicht fort-

## Sozialdemokratischer Verein

### Mitgliederversammlungen

sind statt

#### am Dienstag den 19. Oktober:

- im Bezirk Zudenburg in den „Zudenburg Festkäfen“, Halberstädter Straße.
- im Bezirk Neue Neustadt in Hochbaums Festkäfen, Friedenshofweg.
- im Bezirk Alte Neustadt im Gesellschaftshaus zur Krone, Moldentreue.
- im Bezirk Wilhelmstadt im „Wilhelmspark“, Eblitharing.

#### am Mittwoch den 20. Oktober:

- im Bezirk Dersauner Straße in „Graßmanns Gesellschaftsgarten“.

#### am Donnerstag den 21. Oktober:

- im Bezirk Friedrichstadt-Werder im Restaurant Friedrichshof, Turmstrasse.
- im Bezirk Magdeburg Süd im Restaurant zum Bodenseeker, Breitenweg 168.

#### am Freitag den 22. Oktober:

- im Bezirk Budau in der „Italia“, Dorothienstraße.

#### am Sonnabend den 23. Oktober:

- im Bezirk Westerbüfen im Lokal von Hoffmeister.

In allen Versammlungen werden Vorträge gehalten über:

## Neue Wege und neue Ziele.

Anfang 7 1/2 Uhr.

wursten, sondern klar und fest unrisse Ziele abstecken und zu ihrer Erreichung alle Kräfte des Volkes zusammenschließen.

Bekämpfend für die Arbeiterklasse war es, daß dieser bürgerliche Minister mit Recht auf die

### Selbstverwirklichung der Arbeiterschaft

hinweisen konnte. Auf dem unabhängigen Parteitag in Halle habe es sich gezeigt, daß die U. S. P. bei der ersten positiven Arbeit, die sie leisten sollte, nämlich sich für oder gegen den Bolschewismus zu entscheiden, Schiffbruch erlitten hat. Sachdienliche Arbeit ist von diesem Parteitag der Arbeiterschaft nicht zu erwarten. Die Sorgen auf dem Parteitag konzentriert in Braunschweig und auf dem unabhängigen Parteitag in Halle mußten alle Kräfte des Volkes dazu anhalten, die Gehelligkeit und Vergiftung des öffentlichen Lebens endlich zu beenden. Alle müssen dafür sorgen, daß die Not nicht zur Verzweiflung wird. Trotz verwerflicher parteipolitischer Ansichten muß alle ein Wille beherrschen: Deutschland zu retten.

In der Aussprache entwickelte Frau Schumann von der U. S. P. Ansichten, die den bisher von ihr vertretenen gerade entgegengesetzt waren: Die russischen Maßnahmen dieser in Deutschland nicht in der Tat umzusetzen, denn die deutschen Verhältnisse sind anders als die russischen. Ausland wird das letzte Land sein, das die Ideale der Bolschewisten verwirklichen kann, weil es die Diktatur erachtet hat. Wir müssen alle tüchtigen Kräfte aus dem Volke herausheben und arbeiten und schaffen, damit die Wege der praktischen Sozialismus dem Volke klarer und deutlicher vor Augen geführt werden.

Es wäre ein Glück für die Arbeiterschaft, wenn in den Kreisen, die der Frau Schumann nahesteht, endlich Besinnung und Vernunft einkehrt, nachdem sie der Arbeiterklasse so viel Schaden zugefügt haben. Merkwürdig war die Falschheit, daß sich die „arabien Revolutionäre“ jedes Angriffs gegen die bürgerliche Reichsregierung enthalten, in die Krisenstunden des demokratischen Reichswehraministers festlich unterhielten. Wie hätten sie wohl geredet, wenn der Sozialdemokrat Moske an Gesslers Stelle dazugesetzt wäre? —

### Wirtschaftliche Rundschau.

In der abgelaufenen Woche nahm die Aufwärtsbewegung der Kurse auf dem Valutamarkt — schneller und schärfer als erwartet — ihren Fortgang. Es notierten:

	am	am
	9. Oktober	16. Oktober
1 Dollar (Newyork)	68,98	70,43
100 Gulden (Amsterd.)	1986,00	2165,30
100 Frank (Paris)	420,55	468,00
100 Kronen (Stockholm)	1260,20	1375,60
1 Pfund (London)	223,75	244,25

Diese Kursentwicklung stellt die Antwort der internationalen Handelswelt auf das Ergebnis der Pariser Finanzkonferenz dar, wie sie nicht deutlich gesprochen werden kann. Man hatte von Prüffel Erleichterung erhofft, vielleicht auch Verständnis für unsere Lage. Die während der Konferenz zurückgebliebenen Anschaffungskäufe seitens der deutschen Industrie mußten nach Bekanntwerden des recht bescheidenen, ja uns hart enttäuschenden Resultats der Konferenz nun in kürzerer Zeitspanne erledigt werden. Naturgemäß treibt die Anhäufung vieler Kaufaufträge, besonders dringlicher, nicht aufschreibbarer, an den Börsen den Preis der Waren in die Höhe. So auch hier. Auslösend hat das Ausland nicht den erneuten Kurssturz der Mark durch seine Börsen veranlaßt. Die Kursbewegung ging in der Hauptsache von den deutschen Plätzen aus, während das Ausland in verhältnismäßiger Gleichgültigkeit in der Preisbildung folgte. Man kann dies — vielleicht — als günstiges Moment verbuchen, das aber gegen die niederschmetternden Forderungen unserer Feinde nichts bedeutet, die ja jede Woche höhere und unglaublichere Ansinnen stellen (Lieferung der Milchflöße, Beschaffung der Dieselmotoren, Wiederanzahlung für 1921 allein an Frankreich 18 1/2 Milliarden Frank, zum heutigen Kurs also über 78 Milliarden Papiermark!).

Der Ausweis der Reichsbank vom 7. Oktober zeigt — wie nicht anders zu erwarten war — wiederum eine Vermehrung des Papiergeldumsatzes auf 7 1/2 Milliarden Mark. In normalen Zeiten war allerdings stets eine Vermehrung des Notenumlaufes in der Woche nach den Quartieren festzustellen; jetzt aber kommt die Steigerung der unterlandeslebenden Weibereise zur Geltung, die, wie schon bei öfter erwähnt, ökonomisch lieber teure Tapeten laufen, als auf billigere Art dem Reich aus der Kreide helfen wollen. In Goldmetallen, von denen Gold jetzt lebhafter gehandelt wird als Silber, stellen sich die Kurse für Silber: 1 Kilogramm = 1500 Mark (1 Mark Silber = 7,50 Mark Papier) und für Gold 1 Kilogramm = 38 700 Mark (1 goldenes 20-Mark-Stück = 200 Mark in Papier).

Eine eigenartige Auffassung über die Preisbildung wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Frankreich des Papiermarktes mitgeteilt: Die Aussperrung im Zeitungsgewerbe in Berlin hat zur Folge gehabt, daß an Stelle der bisherigen Mahnungen telegraphische Abrufe der Bestellungen für Zeitungsdrukpapier einlaufen. Von neuen Abschlüssen sei überhaupt nicht die Rede. „Es liegen sehr umfangreiche Anfragen aus dem Ausland vor, die bei der zunehmenden Entwertung der Mark gewinnbringende Geschäfte für die Papierfabriken in sich schließen und einem nennenswerten Preisabschlag im Wege stehen.“ (1) Sehr richtig lehnt sich die „Zeff. Bzg.“ gegen diese Art von Logik auf. Sie sagt: „Der geräuschbringende Export muß in erster Linie dazu dienen, den unerschwinglich hohen Preis für Zeitungspapier im Ausland herabzudrücken.“ — Mit Recht, besonders wenn man an die allgemein bekannten außerordentlich günstigen Absatzbedingungen der Papierfabriken denkt. Es ist dies für die unbedeutend soziale und volkswirtschaftliche Auffassung des Kapitals ein Musterbeispiel, das gut herausgezogen werden könnte, wenn die Frage der Sozialisierung wieder einmal auf der Tagesordnung steht.

M. r. l.

\*) Kurs an der Frühbörse in Frankfurt a. M.

## Die tanzende Familie Horderbusch.

Ein Volksroman aus Oesterreich von Johannes Thummerer.

(29. Fortsetzung.)

Gustav nahm die Schmerzen, die ihm die Verletzung verursachte, gern in Kauf, da er nun doch einmal ohne Geldverlust — er bekam ja eine Unterstützung aus der Krankenkasse — zu Hause bleiben und sich ein wenig mehr um das Geschäft und um den kleinen Franzl kümmern konnte. Das Kind schlief meist schon, wenn er abends aus der Arbeit kam. Die drei Frauenzimmer rauchten sich may gerade um seine Pflege. Man legte es in einen Winkel, oft genug zu Heinrich hinter den Küchenschrank, gab ihm einen Antichammel, einen Lappen, ein Schächtelchen zum Spielen in die Hand und überließ es dem ewig unruhigen kleinen Wesen, sich irgendwie mit seiner Lage abzufinden. Klärte es, so mochte es sich ausplärren, lachte es, so ließ man es lachen, staunte es irgendeinem fernem Wunder zu, das prägnant in den Bereich seiner beweglichen Augelänglein trat, so kümmerte sich auch niemand darum.

In diesen Tagen entdeckte Franzl, daß eine günstigere Zeit für ihn angebrochen sei. Er wurde nicht mehr eingekunden, durfte sich nun ungehindert auf seinem runden Bauchlein über den breiten Küchenschrank wälzen, mit den Beinen strampeln, nach Herzenslust dem „Tata“, der eifrig Rechnungen durchlief, den struppigen Schürzenträger, Spielbereit, in den Augen den Funkeislanz eifriger Neugier, folgte er jeder Bewegung des Vaters und brach bei jedem Klaps, den ihm dieser auf das nackte Hinterkeißen gab, in ein vergnügtes Quietschen aus.

Gustav ward es anfangs recht schwer, sich in dem Wirrsal der Rechnungen zurechtzufinden und die Geldposten einigermaßen geordnet mit den Einnahmen zu vergleichen. Ein Kamerad hatte ihm das bringen anempfohlen, und er sah schließlich auch selber, so wenig geschäftsfähig er war, die Notwendigkeit einer ständigen Durchprüfung der Einnahmen wie der Ausgaben ein. Anders Marianne und die alte Horderbusch. Mit wachsendem Alter und Abnehmen nahen sie Gustavs Gebaren. „Was du nur rumrechnest“, sagte Marianne, „das eine ist schon bezahlt, und das andere noch nicht... Das eine zahlst mer täglich, das andere alle Wochen, und das dritte nehmen mer monatlich aufs Büchel. Und bezahlt muß alles Dreie wer'n, ob du nu rumrechnest oder nicht.“ Gustav ließ sie und die Alte, die immer wieder mit dem Medecifer ihres bösen Gewissens verführte, daß kein Kreuzer unnütz ausgegeben werde, brummen und leifen, und fand schließlich aus dem bloßen Vergleich der Einnahmen

mit den Summen, die an die Brauerer, den Fleischer, Fäder und so weiter gezahlt oder noch zu zahlen waren, daß sie bisher trotz des guten Zutrufes nur mit ganz geringem Nutzen gearbeitet hatten. Die Preise für die Getränke waren ja überall die gleichen. In der Beschaffung der Preise für die Speisen hatte man sich wohl nach den andern Ecken gerichtet, aber annehmend zu große Portionen verabreicht. Gustav legte das, da er sich ja an dieser Nachlässigkeit selber mitschuldig fühlte, den beiden Weibern ohne jeden Vorwurf dar. Belüdiget wurde und ein Schwall von Entrüstung war die Antwort. Seit jeder gewohnt, ohne jede Bestimmung draußlos zu marschieren, wollten sich die beiden, mochten auch die Zahlen der Rechnungen noch so deutlich sprechen, nie und nimmer erwehren lassen, daß sie mit den Schwären nicht sparsam genug umgegangen waren. In ihrer schrankenlosen Selbstsucht fanden sie es auch gar nicht sehr vorteilhaft, wenn das Geschäft in allzu großer Ordnung geführt wurde. Dann hätten sie ja jeden Heller, den sie einnahmen, an Gustav abführen müssen, und dazu verspürten sie beide keine Lust. Marianne träumte seit langem von einer knallroten Seidenbluse mit grünen Aufschlägen, die Alte gab mehr und mehr ihrer Vorliebe für Spitzen nach. Trostbier und „Airtischer Honig“ eine zähe klebrige Zudermahne, die sie sich anfangs alltäglich bei einem kosmischen Zudermahnhändler gekauft hatte, begabten ihr schon lange nicht mehr. Sie war bereits bei Lidor und Zahnortoren angelangt und leistete sich auch ab und zu ein Gläschen Wein. Mit all diesen Genüssen und Wünschen war es vorder, wenn Gustav genaue Rechnung führen wollte! Offenbar gönnte er ihnen keinen Genuß, nur die Arbeit sollten sie tun, indes er das Geld einsteckte und womöglich zur Hälfte für sich behielt!

Gustav vermied jeden Wortwechsel, überwachte aber in den nächsten Tagen achtsam die Küchenarbeit. Mit wachsendem Jutrum sah Marianne und die Alte seine unrichtige Ruhe, doch schmeichelte sie zunächst. Erst als Gustav erklärte, sobald er wieder in die Fabrik gehe, müsse Heinrich Preis und Art jeder Speise notieren, die an die Gäste abgeliefert würde, da brach der beiden Unmut los. Zumal Marianne tat ein Arges an Schwärzungen. Ihre sonst so kalten, frostigen Grauenen funkelten, ihr zornbehebender Mund spie Schimpfreden aus wie Gift und Galle. Dann wieder verfiel sie in ein kramphäufiges Weinen und versicherte Gustav flügend, er wäre doch nie auf die Idee gekommen, ein Wirtschaftshaus zu pachten, nur ihr dankte er's, wenn es ihnen jetzt besser ginge als früher. Und jetzt wolle er sie zum Danke für ihre Umsicht durch einen fremden Menschen kontrollieren lassen. Gustav suchte ihr vergeblich einzureden, daß es am bequemsten sei, wenn Heinrich die Preise aufschreibe, da er sich

doch den ganzen Tag nicht vom Plage rühre. Er hatte weniger Marianne als die alte Horderbusch in Verdacht, daß sie einen Teil ihrer Einnahmen für sich behalte. Und so wenig er ihr in seiner Gümmigkeit eine kleine Unschlichkeit nachtrag — um des Geschäfts willen, das ja noch lange nicht gestört war, glaubte er sie unbedingt daran hindern zu müssen. Die Alte, die auf seine fast freundlichen Vorstellungen noch weniger zu erwidern wollte als Marianne, ließ ihre Tut an den armen Weibengeräten aus. Sie stürzte mit den Beulen, Köpfen und Mäthern und schnitt sich einmal beim Tranchieren einer Fleischkeule vor lauter Warger tief in den Finger. Dadurch kühlte sich ihr Mütchen ein wenig.

Germinne belüftigte der häusliche Zwist. Ihr war es ja völlig gleichgültig, ob Heinrich die Einnahmen aufschrieb oder nicht. „Was fahrt ihr rum, wie'n Wind in der Laterne?“ fragte sie geringschätzig überlegen und tänzelte, den kleinen Franzl am Arm, umher. Einmal sagte sie, sich in den Büsten rufend und die Finger spreizend, in gezwungener Hochdeutsch: „Ach, das könnte mich wenig schmerzen, wozu sich streifen, der Klügere gibt nach.“ Dafür hätte sie von Marianne beinahe eine Ohrspeise bekommen. Geduld entwickelte sie in die Schaufstube, wo sie sich vor Lachen ausschüttelte und mit Heinrich ausnahmsweise in ein freundliches Gespräch einließ. Sie erzählte ihm den Grund des Misses und meinte dann: „Na, wie die sich kampeln, nicht zum sag'n, Marianne tut vor Mut noch plagen... Na, wenn sie plagt“, setzte sie übermütig-wichtig hinzu, „dann übernehm ich die Bude, dann mußt du nach meiner Pfeife tanzen, verstandest du?“

Gustav ließ sich diesmal nicht Heintkneigen. Es war etwas wie Scherz in ihm erwacht, das Geschäft um jeden Preis in ein sicheres Weis zu bringen. Gegen das glückliche Zureden, mit dem er das Gebärde der beiden Frauenzimmer zu beschwichtigen suchte, gegen seine ständige Versicherung, er wolle doch nur ihr Bestes, ließ sich letzten Endes doch nichts erwidern als stummes Nicken und ärgerliches Mundberzählen. Zum erstenmal sagte er so, indem er sich auf sachliche, unwiderlegliche Gründe stützte, im Kampfe gegen seine Frau. Das machte ihn zurecht und festigte seinen sonst sehr zur Nachgiebigkeit neigenden Charakter. Er fühlte nun, daß es doch etwas gab, worin er Marianne überlegen war, und zwang sich hinfort zu schweigsamer Ruhe, wenn sie ihn in der Gaststube durch kokettes Schärwenzeln und höhnisches Lachen zu ärgern suchte. „Sie tut's nur zu Fleisch und ist in Wahrheit gar nicht so“, rebete er sich und schmunzelte im stillen darüber.

(Fortsetzung folgt.)



# Provinz und Umgegend.

## Aufklärungsarbeit.

Die Gegenwart erfordert reiches Wissen und umfangreiche Sachkenntnis auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Großen Volksteilen mangelt es aber daran noch sehr. Falsche Vorstellungen und Trugschlüsse, verkehrte Vergleiche und zu hoch gespannte Erwartungen bereiten jetzt der großen Masse der Bevölkerung oft Enttäuschungen und führen zu Verzweiflung und zum Widerwillen. Sie überhaup nicht mit den wichtigen Fragen der Politik und Wirtschaft zu befassen. Die Denkfähigkeit von vielen Männern und Frauen der wertvollen Bevölkerung wird von den Rechtsparteien und von den Kapitalisten nach wie vor sehr vorteilhaft zur Unterdrückung der Arbeiter-schaft ausgenutzt. Die Unkenntnis vieler Volksteile selbst über die einfachen volkswirtschaftlichen und politischen Fragen ist zugleich auch großes Hemmnis für erfolgreiche Arbeit der Sozialdemokratie zur Befreiung der Arbeiter-schaft vom Kapitalismus. Schwungvolle Phrasen werden von vielen erstarrter praktischer Vertiefung in wichtigen Tagesfragen vorgezogen.

Die Zahl derjenigen, die sozialistische Schriften gelesen haben, ist noch immer gering. Zu wenig werden sozialdemokratische Zeitungen von Volke gelesen. Viele Arbeiter, Angestellte, Ver-anne und andre erwerbstätige Gruppen sehen noch der Sozialdemokratischen Partei fern. Bei vielen ist die Auffassung verbreitet, daß alles, was sich seit der Revolution abgepielt hat, schon verwickelter Sozialismus gewesen ist, das eine sozialdemokratische Reichsregierung bestanden habe, oder gar noch bestehe und daß wir hier alles Geld zu verbrennen haben, daß also der Sozialismus abgewirtschaftet hat. Dieser unfruchtbare Gedankengang zeigt, daß von der Sozialdemokratie noch viel Aufklärungsarbeit an Volke über den Sozialismus zu leisten ist. Die Sozialdemokratie muß sich durch diese geistigen Barrieren die Mehrheit über die bürgerlichen Parteien eringen, um auf dem Wege der Demokratie zum Sozialismus zu gelangen und ihn dann auch auf die Dauer zu erhalten. Dazu gehört in erster Linie die Durchsetzung der Verwaltung des Staatswesens und der Gemeinden sowie der inneren und äußeren Politik mit Personen, die vom sozialistischen Geiste durchdrungen sind. Bessere Schulung des jetzigen und Erziehung des heranwachsenden Geschlechts im sozialistischen Geiste ist die Vorbereitung dazu.

Viele müssen aufgeführt werden, wenn es auch manchem nicht paßt, zur Mitarbeit herangezogen zu werden. Ist es doch für viele bequemer, sich aufs Schimpfen zu beschließen und die Arbeit der Verantwortungswollen Stellen stehenden Sozialdemokraten zu bestrafen, als selbst der Umgestaltung und grundlegenden Verbesserung der Verhältnisse durch praktische Mitarbeit die Wege zu ebnen. Unter Partei tag in Düsseldorf hat gezeigt, welche unverständliche Kraft in der Sozialdemokratischen Partei vorhanden ist. Sie muß neu nutzbar gemacht werden von jedem Parteigenossen in Stadt und Land, zur Aufklärung des Volkes über das Wesen des Sozialismus und die Forderungen der Sozialdemokratischen Partei.

## Preussischer Förstertag.

Der Verband preussischer Staatsförster hielt eine Versammlung ab, in der sich die Erbitterung des gesamten Försterstandes gegen die unsozialen Maßnahmen der Zentralforstverwaltung, die den Försterstand der wirtschaftlichen Verelendung und der übelsten Besessenen unrettbar in die Arme treiben. Insbesondere wurde hervorgehoben, daß die oberste Forstbehörde in Preußen dem Landwirtschaftsminister Genossen Braun in einer Weise Bericht erstattete, die nach Ansicht der Förster dem Walde nicht zum Segen gereichen könne.

Der Förstertag faßte einstimmig folgende Entschlüsse: Die Vertreterversammlung des Verbandes preussischer Staatsförster richtet an den Landwirtschaftsminister das dringende Ersuchen, die Wünsche der Förster nicht nur nach Anhören der Zentralforstverwaltung zu prüfen, sondern sie sich aus dem Munde des neuen Vereinsvorstandes vorzutragen zu lassen. Zu der Zentralforstverwaltung haben die Förster kein Vertrauen. Von ihr wird allgemein angenommen, daß sie sich zum Ziele gesetzt hat, das Wohl des Oberförsterstandes beim Ministerium mehr gewahrt zu sehen, als wirksam sich der Wünsche der Förster anzunehmen.

**Bergarbeiter-tod.** Auf der Grube Frankenhof im Saar-gebiet wurden während der Frühlingszeit fünf Bergleute durch schlagende Wetter getötet.

## Parteinachrichten.

**Verlesen.** Sozialdemokratischer Verein. Mittwoch den 20. Oktober, abends 8 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus. [2452]

## Kreis Wangleben.

**Laugenweddingen.** 18. Oktober. (In der Gemeinde-vertreter-Sitzung) wurde Stellung genommen gegen das Vor-gehen des Lehrerkollegiums der Fortbildungsschule. Es hat über den Schul- und Gemeindevorstand Beschwerde erhoben. Die Gemeinde-vertretung erkannte aber das Vorgehen dieser beiden Körper-schaften einstimmig als richtig an und mißbilligte das Verhalten der Fortbildungs-schullehrer, auch ihre Forderung von 10 Mark Entschädigung für die Stunde. Ohne weiteres haben die Fortbildungsschullehrer den Unter-richt einfach nicht wieder aufgenommen. Ein Antrag des Lehr-erkollegiums der Volksschule auf Beschaffung von Heizmaterial und Heizung der Schulklassen durch die Lehrer selbst würde die Gemeinde nicht weniger als 20 000 Mark kosten. Deshalb beschloß die Versamm-lung, die Heizung von der Gemeinde zu übernehmen, so daß die Ge-meinde mit ungefähr 10 000 Mark davonkommt. Dann wurde die Anstellung des Ortsdieners und des Feldhüters vorgenommen. Der Gemeindevorsteher machte Mitteilung davon, daß der Amts- und Ge-meindefiskal Schender die Gemeinde auf Nachzahlung von 5000 Mark gemäß der neuen Besoldungsordnung verklagt hat. Wegen die Klage soll Widerspruch erhoben werden. Die Sammlung „Deutsche Kinder-liebe“ in der Gemeinde wurde genehmigt. Der Ortsausschuß für Jugendpflege wurde durch Zuwahlen vervollständigt. Verschiedene un-wesentlichere Vorlagen fanden ihre Erledigung.

## Kreis Serichow 1 und 2.

**Burg.** 18. Oktober. (Einstimmiger Beschluß) der Stadtverordneten über die Erhebung einer Gemeindecinkommener. Genosse Stollberg berichtet, daß sich die Stadtverordneten schon vor Wochen mit dieser Magistratsvorlage beschäftigt haben, die Beschluß-fassung sei aber ausgesetzt, um das Ergebnis der Städtetage in Weimar und Nordhausen abzuwarten. In allen Städten seien die gemeindlichen Geldbedürfnisse aus äußerster Not gezeitigt worden. Die Magistratsvorlage sieht eine Steuererhöhung von 2 Millionen Mark vor. Zurzeit ist ein Feldbetrag von 1 650 000 Mark vorhanden. Auf Anteilsmittel zurückzugreifen, sei auf die Dauer unmöglich. Wie schon bekannt, muß mit einer Anleihe von 12 Millionen Mark gerechnet werden. Wenn in manchen Kreisen gegen diese neue Steuer Sturm gelaufen wird, so sei dies unverantwortlich. Diejenigen, die diese neuen Steuern ab-nehmen, müssen auch die volle Verantwortung dafür tragen, wenn dadurch unser gelantes Wirtschaftsleben zugrunde geht und damit in erster Linie die große breite Masse der Bevölkerung. Den Be-güterten sei es selbst bei einem Zusammenbruch unserer Finanzen noch möglich, sich ins Ausland zu retten, zurückzubleiben würde nur die Arbeiter-schaft. Millionenfacher Hunger-tod wäre dann das Ende. Genosse Stollberg teilt dann noch mit, daß die Finanzkommission das steuerfreie Gesamteinkommen auf 12 000 Mark, statt der 10 000 Mark nach der Vorlage beschloßen habe und bittet dann, so jähner der Entschluß für den einzelnen auch sein möge, den Antrag mit der Abänderung der Finanzkommission anzunehmen. Nach kurzer unwesentlicher Aussprache wird die Vorlage dann von allen Parteien einstimmig angenommen. Ein weiterer erfolg-reicher Schritt in der Verwirklichung unserer Kommunalprogramms war der Beschluß der Versammlung zur Übernahme der Einrichtungen des

Vaterländischen Frauenvereins durch die Stadt. Die Genosse Krammer berichtet, konnte die Übernahme wegen Erledigung der Vorbereitungen nicht bereits am 1. Oktober erfolgen, sondern wird erst am 1. November stattfinden. Der Vertrag sieht vor, daß die Stadt dem Vaterländischen Frauenverein ein Zweifelhöfenwohnhaus mit Zubehör, freier Heizung und Beleuchtung unterhält. Dafür verpflichtet sich der Verein, die in den Häusern des Wohnhauses 9 und 10 gelegenen Wohnungen, den 5 bis 6 städtischen Schwestern und einem Krippenmädchen einschließlich zwei Küchen, Wadestube, Walsraum mit allen vorhandenen Einrichtungs- und Gebrauchsgegenständen, Wäsche und Nachmittags zur Verfügung zu stellen. Die Einrichtung und Wäsche muß der Verein in gebrauchsfähigem Zustand erhalten. Es sollen fünf Schwestern angestellt werden. Ferner soll Frau Wismann, die bereits 13 Jahre tätig ist, mit übernommen werden, ebenso ein Krippenmädchen, ein Arbeiter und ein Schreibgehilfe. An Gesamtkosten können einschließlich Neubeschaffung eines Instru-mentariums für den Stadtrat 45—50 000 Mark jährlich in Frage. Dr. Abel, der den Vorschlag der Stadt unterbreitet hat, geht dann auf Einzelheiten seines Vorschlags ein. Bei dessen Ausführung er sich von größter Sparsamkeit habe leiten lassen. Genosse Sowa bean-tragt, daß anstatt einer, zwei Gemeindefrauen angestellt werden. Genosse Stollberg unterstützt diesen Antrag, da er gehört habe, daß die zwei dem Vaterländischen Frauenverein verbleibenden Schwestern sich mehr dem Mittelstand und den kleinen Rentnern widmen sollen. Ihm erlaube bei der größeren Masse der bedürftigen Bevölkerung die Tätigkeit nur einer Schwester als unzureichend, man dürfe sich auch nicht von falschen Sparmaßnahmen leiten lassen. Die Erfahrung wird lehren, daß die kommunale Fürsorge eine bessere sein wird als die bisherige.

**Burg.** 19. Oktober. (Volkshochschule.) Die deut-sch-nationale „Magdeburger Tageszeitung“ knüpft an die Mittelstufe, daß recht wenig Einziehungen in die Hörerlisten der Volkshochschule er-folgen, die hämiische Bemerkung, daß diese Zurückhaltung der Bevöl-kerung „anscheinend“ darin liege, daß zumal Sozialdemokraten als Vortragende in der Volkshochschule mitwirken, deren Fähigkeiten die wahren Freunde des Volkshochschulgedankens wohl mit Recht wenig Vertrauen entgegenbringen.“ Wir hoffen, daß wenigstens die Ar-beiterschaft auf unserer Stadt anderer Meinung über die Befähigung unserer Genossen ist, als die gelbe Tageszeitung, deren persönliche Anpreisungen unsere Genossen kalt läßt. Nach dieser Anpreisung durch das konservative Blatt muß es unbedingt Pflicht der Arbeiter-schaft sein, sich zahlreich für die Vorträge der Genossen Burghardt, Müller und Gebhardt in die Listen der Volkshochschule einzuschreiben.

**Burg.** 18. Oktober. (Aus Not zum Diebe.) Die Arbeiter Bau R. aus Burg, Otto W. und Wilhelm K. aus Niederitz waren durch lange Arbeitslosigkeit in große Not geraten. Sie beschloßen daher, gemeinsam einen Diebstahl auszuführen. In einer Wägenacht drangen die drei in das Grundstück des Riegelbesitzers Reuber in Scharta ein und stahlen sechs Tretloren im Werte von 20 000 Mark und für annähernd 3000 Mark Pflanzware. Dafür erhielten die Diebe jetzt von der Strafkammer in Magdeburg 1 Jahr 6 Monate bzw. 1 Jahr 9 Monate Gefängnis.

## Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

**Dahlenwarsleben.** 18. Oktober. (Gemeindevertreter-sitzung.) Es wurde beschloßen, das steuerfreie Einkommen stoffweise zur Gemeindesteuer heranzuziehen, und zwar von 10 000 Mark mit 3 Prozent, steigend bis 16 000 Mark auf 8 Pro-zent, von da an bis 20 000 Mark auf 10 Prozent usw. Amts-dieners und Nachtwächters wurde jedem eine Zulage von 500 Mark bewilligt. Bei der Ackerverpachtung sollen nur die Einwohner in Betracht kommen, die noch keinen Acker haben; die Abgabe er-folgt nur morgenweise. Mit dem 15. Oktober ist die Ortswehr wieder in Kraft getreten, und zwar nach dem vorjährigen Orts-statut.

## Kreis Quedlinburg-Mischerleben-Walbe.

**Mischerleben.** 18. Oktober. (Ein Gewissloser.) Wegen Heiratschwindel stand ein Vater von vier Kindern, Franz Nawrath, vor dem Landgericht. Er hatte sich mit einem jungen Mädchen aus Staßfurt verlobt, sich seiner Braut gegenüber als lediger Mann ausgegeben und dem Schwiegervater und der Braut 9000 Mark auf Grund des Eheversprechens abgeschwindelt. 1 Jahr Gefängnis traf den Heiratschwindler.

**Groß-Salze.** 18. Oktober. (Die Armut nicht verschon!) hat ein gewissenloser Dieb, der Arbeiter Heinrich Bollbring. Er stahl in Parsleben einer armen alten Witwe ihre gesamten Spar-gruschen in Höhe von 200 Mark und eine Taschenuhr. Bei seiner Verhaftung am nächsten Tage hatte der Dieb schon den größten Teil des gestohlenen Geldes in Kuchen angelegt. Der Dieb wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Stadtrat.** 16. Oktober. (Verjämmlung des Partei-vereins.) Der Vorsitzende gab bekannt, daß die geplante Werbung von „Volkstimme“-Abonnenten nicht hat ausgeführt werden können, weil dem die Kartoffelernte hindernd im Wege stand und außerdem einige Teilnehmer verhindert waren. Sie wird am Sonntag zugleich mit der Werbung von Mitgliedern vorgenommen werden. Das gemeinsame Komitee von Stadtrat und Leopoldshall zur Gedächtnisfeier der Revolution am 9. No-venber hat folgendes festgesetzt: Lokal bei Remming, Beginn um 4 Uhr nachmittags, Eintrittspreis für Mitglieder, Männer und Frauen je 1 Mark, Nichtmitglieder zahlen: männliche 2 Mark, weibliche 1,50 Mark. Nur Mitglieder und eingeladene Gäste haben Zutritt. Die Bekanntgabe der Vereinsversammlungen durch Teilungsinferate stellt sich als kostspielig heraus. Sie soll nunmehr durch Stempelauflage auf den Zeitungen und durch Ausschüssen von Zetteln in den Betrieben erfolgen. In die Ver-lesung eines Schreibens zu dem Fall Berling knüpft sich eine kurze Debatte. Eine längere, in zustimmendem Sinne gehaltene Aussprache erfolgt über die Aufforderung des Bezirks-Bildungs-Ausschusses nach Schaffung eines lokalen Bildungsausschusses. In diesen werden gewählt die Genossen Sperling und die Ge-nossen Seeliger, Einede und Nagelschmidt. Der Kassierer, Genosse Veitram, erstattet den Kasienbericht des letzten Vierteljahres, der nicht erfreulich ist, da er mit einer überkommenen starken Schuldenlast behaftet ist, so daß noch teilweise ungenügendes Bei-tragsaffizieren getreten ist. Dem Kassierer wird Entlastung erteilt. Für den zurückgetretenen Genossen Wiedend wird Genosse Hander als Unterkassierer gewählt. Ueber den Bericht von der letzten Sitzung des Gewerkschaftskartells entspinnt sich eine lebhaftige Aussprache, namentlich darüber, daß das Gewerkschaftskartell die Zurückziehung der Delegierten der politischen Parteien abgelehnt hat. Es wird festgestellt, daß der in der vorigen Versammlung gefasste Beschluß noch zu gelten hat, monach die Delegierten der Partei im Gewerkschaftskartell vorkommendenfalls wieder für die Zurückziehung der Delegierten der politischen Parteien zu itim-men haben. Ein kurzer Bericht von der letzten Versammlung der Stadtverordneten führt zu einer weitläufigen Diskussion über die Wohnungsfrage. Der Vorstand wird beauftragt, recht bald wieder eine Mitgliederversammlung zur Entgegennahme des Berichts vom Parteitag einzuberufen. — Die gewerb-liche Fortbildungsschule ist eins der Schmerzenskinder der Stadt. Früher haben die Stadtverordneten alle Anträge auf Errichtung einer solchen stets abgelehnt. In der neuen Aera ist ein entsprechender Beschluß schnell zustande gekommen und in Ausführung des Beschlusses wurde von den Höheren Erben das Haus Hamsterstraße 17 gekauft, dessen Erdgeschos für diese Schulzwecke umgebaut werden soll. Der Schulbetrieb sollte am 1. Oktober aufgenommen werden. Jedoch verzögerte sich be-dauerlicherweise die oberbehördliche Genehmigung der betreffen-den Ortszählung wie auch die vormundschaftsgerichtliche Geneh-migung für minderjährige Erben zu dem Hausverkauf. Beide Schwierigkeiten sind nun endlich überwunden, so daß nun-nmehr der Ausbau des Erdgeschosses für Schulzwecke erfolgen kann und wird. Auch die in Frage kommenden Lehrer haben ihren Spezialkursus als Fortbildungsschullehrer absolviert, und so darf man wohl auf baldige Inbetriebsetzung dieser Schule

hoffen. — **Sege der chemischen Industrie.** Die Städtische chemische Fabrik, vorm. Vorster u. Grünberg, W.-G., schlägt eine Dividende von 30 Prozent gegen 8 Prozent im Vor-jahr vor.

**Stadtrat.** 18. Oktober. (Die Siedlungsbaute) sind erfreulicherweise so schnell vordrückt geschritten, daß nun auch schon das zweite Sechsfamilienwohnhaus gerichtet wird. Das erste wird vermutlich im Dezember bezogen werden können. Das bedeutet eine überaus schnelle Fertigstellung, die auf die in eigener Leitung vorge-nommenen Erd- und Mauerarbeiten zurückzuführen ist. Aber nicht dieser Vorteil ist es allein, den die eigne Verwaltung bewirkt hat, ein weiterer sehr beträchtlicher besteht in der Ersparung nicht unbet-rächtlicher Summen. Die Schwarzfleher, die vom Selbstbetrieb eine sehr stark Verrentung beschritten, haben sich glücklicherweise geirrt. Hoffentlich freuen sie sich vom Westen der Stadt darüber. Es besteht die Pflicht, nach Fertigstellung dieser beiden Häuser sofort noch zwei oder drei neue in Antritt zu nehmen, da die Industrie bereit ist, erhebliche Summen beizusteuern unter der Bedingung, daß die ge-schaffenen Wohnungen auf Wunsch an ihre Arbeiter und Angestellten vermietet werden. Voraussetzung für das Weiterbauen ist, daß das Reich den bisherigen Zuschuß weiterzahlt. Freilich kann durch diese Bauten, in Verbindung mit den zahlreichen der Vergütungsspekulation, die Wohnungsnot nur wenig gemildert werden, weil gar nicht so viel Wohnungen gebaut werden können, als neue Woh-nungsbedürfnisse ausstauen. Es ist indes schon viel ge-nommen, wenn die Wohnungsnot nicht noch schlimmer wird. — (Volkshochschule-Kurse.) Mit welcher Begeisterung wurde diese Einrichtung im vorigen Jahre geschaffen, wie weitsetzte man dem Bildungsbedürfnis des Volkes entgegenzukommen! Und heute? Nichts rührt sich, nichts regt sich. Die Begeisterung, die der 9. Novem-ber 1918 entfacht hatte, ist längst erloschen, die Stimmung ist eine andre geworden, und schon jetzt sucht man, mit dem eigentlichen Volke so wenig wie möglich in Verbindung zu kommen. Ist die eingetretene Abkühlung ein Fehler? Wohl kaum. Die Arbeiter-schaft tut am besten, sich in jeder Beziehung auf seine Füße zu stellen, wie sie es von jeher gewohnt ist, auch in bezug auf die Bildungsbestrebungen. Es ist den Arbeitern genügend Gelegenheit geboten, aus dem Borne der Arbeiter-bewegung zu schöpfen. Er bekommt aus ihm klareres Wasser als aus dem östlichen Brunnen. Der Bezirks-Bildungsausschuß unserer Partei in Magdeburg ist die Stelle, die gern überall Bildungsbrunnen anlegt. Die Arbeiter-schaft braucht ihn nur ein wenig zu unterstützen und sofort baut er auch in Städtischen-Geopoldshall einen Brunnen, aus dem sich perlendes Wasser der Wissenschaft und Bildung schöpfen läßt. Was tut's, wenn es einige Pfennige kostet. Besser ist es, eine Kleinig-keit zu zahlen, als Geschenke aus bürgerlicher Hand anzunehmen.

**Thale.** 18. Oktober. (Ein Verzessener.) Einen graulichen Fund machte ein Arbeiter im Walde oberhalb vom Wege nach der Hof-trappe. Er entdeckte eine bereits in Verwesung übergegangene Leiche eines Mannes, der der Kopf fehlte und die schon fast ein Jahr lang dort verborgen gelegen hat. Volkseigliche Ermittlungen führten dazu, daß ein Stück vom Hundort entfernt auch noch der Kopf der Leiche hoch oben in einem Baum hängend, gefunden wurde. Es scheut sich also um einen freiwillig aus dem Leben Geschiedenen und um kein Verbrechen zu handeln.

## Altmark.

### Der Raubmord bei Buchhofs.

Der Mörder des 26jährigen Landwirts Johannes Hermann Schulze aus Neufersau, der russische Kriegsgefangene Jwan Kestrow, wurde, wie wir meldeten, vom Stendaler Schwurgericht zum Tode verurteilt. Mit welcher Ueberlegung und Kaltblütigkeit der Verbrecher den Raub-mord ausgeführt hat, wurde durch die Verhandlung festgestellt. Der Russe wollte nach seiner Heimat zurück und verließ deshalb seinen Dienst bei einem Landwirt in Leisdere unter Mitnahme eines Ruck-sacks und eines scharf geschliffenen Beiles. Beim Dorfe Buchhofs hielt er sich in einer Hude 3 Tage lang auf und bestellte in den Dörfern um Brot. Da er in seiner Kleidung stark abgeriffen war und seinen Hunger nicht mehr stillen konnte, sah er den Entschluß, sich auf die erste beste Art Geld und einen Anzug zu verschaffen. Einen Jäger, der mit zwei Hunden morgens zur Jagd ging und in der Hude sein Fahrrad unterstellte, ließ er unge-schoren. Als aber mittags ein Radfahrer vorbeifahren wollte, hielt der Russe diesen an und schlug ihn mit dem Beile nieder. Der Ueberfallene schrie auf, taumelte vornüber und hielt die Hände hoch. Da traf ihn ein zweiter Hieb des Mörders, so daß er die Befähigung der Chaussee hinunterfiel. Der Russe sprang nach und versetzte dem Ermordeten zur Sicherheit noch mehrere Schläge mit dem Beile und verließte dann die Leiche schnell hinter einen Busch, weil sich zwei Wagen auf der Chaussee näherten. Als diese vorüber waren, zog der Mörder die Leiche aus und nahm Sachen und Geld an sich, warf den Erschlagenen in einen Graben und bedeckte ihn mit Sand und Gras. Abends fuhr er mit dem Rade des Ermordeten nach seiner letzten Arbeitsstelle zurück und ging des Morgens wie gewöhnlich an seine Arbeit, als ob nichts vorgefallen wäre. Die Fahrradglocke, die den Namen des Ermordeten trug, wurde ihm nach einigen Tagen zum Verleihen. Während der Gerichtsver-handlung trug der Mörder eine Gleichgültigkeit zur Schau, als hätte er wegen einer ganz harmlosen Sache unter Anklage. Er könnte nichts mehr daran ändern, erklärte er, auf die Frage, ob er seine Tat bereue. Schon nach 10 Minuten Beratungszeit wurde das Todesurteil über den Mörder gefällt.

## Kleine Chronik.

**Der sadistische Frauenmord in Berlin.** Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, die geheimnisvollen Zusammen-hänge zwischen den verhafteten Leichenteufern im Landwehrtanal, die zunächst unentwertbar schienen, festzustellen und die Persönlichkeit der Toten, die in der Tat das Mordopfer eines Sadisten geworden ist, zu ermitteln. Es handelt sich um ein in der Friedensstraße wohnhaft gewesenes 33 Jahre altes Straßen-mädchen Frieda Schuber. Aus den aufgefundenen Leichen-teilen war ursprünglich kaum feststellbar, ob es sich um eine männliche oder weibliche Person handelt. Nur kleine Merkmale an der Haut des Leibes wiesen darauf hin, daß es sich um ein Mädchen handelt. Bei dem letzten Funde lag auch eine ab-getrennte Hand. Die Finger der Hand wurden dattloskopiert, und so gelang es, die Person der Toten festzustellen. Die Schuber, die in der Gegend des Schleiffen Bahnhofes Männer-bekanntschaften zu machen suchte, ist in ihren Kreisen wegen ihres dreifachen Auftretens sehr bekannt. Es liegt zweifellos ein sabbischer Mord vor. Die Zurückziehung der Leiche vom sein-bedeutet in einer Verbalbefragung vorgenommen worden sein. Zur Verpackung der einzelnen Leichenteile hat der Mörder braunes Packpapier und starken, mehrmals geflochtenen Hanf-bindsaden benutzt. Papier und Bindfaden scheint er sich eigene zu dem Zwecke gekauft zu haben, wahrscheinlich erst nach der Tat. Bei den Leichenteilen am Luisenauer wurde auch ein Stück eines Männertrikothemes gefunden, das jedoch nicht der Toten gehörte. Es trägt ein Wäschereibzeichen, einen roten Faden, der abgefärbt ist und dem Stempel S. H. R. 11 (Zeldartillerie-Regiment Nr. 11).

**Der Einbrecher . . .** Eines Nachmittags wird im Westen Berlins die Sicherheitspolizei alarmiert: ein Einbrecher ist in eine Wohnung eingedrungen. Zwei Grüne kommen: wo ist der Einbrecher? Eine aufgeregte Dame führt die Beamten in ein Zimmer; da sitzt harmlos in einem Buche lesend, der Herr Ein-brecher am Schreibtisch. Die Grünen verhaften ihn, obgleich er beteuert, daß er nur der Zwangsdiener sei und, aus dringenden gesundheitlichen Gründen, die Tür zur Wohnung und ihren Nebenräumen durch einen Schlosser öffnen ließ, weil die Frau des Hauses den mitgemietet hat. — Schlüssel ihm rechtswidrig ab-genommen. Die Dame sagt: er hat eine dunkle Gestalt; er empfängt allerlei geheimnisvolle Briefe. Man schleift den sonder-baren Einbrecher zur Wache; da weiß er sich aus als Beamter des Auswärtigen Amtes, und die „geheimnisvollen Briefe“ sind

